

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: S.W. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Morinplatz, Nr. 15190-15197.

Donnerstag, den 30. Januar 1919.

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., S.W. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Morinplatz, Nr. 11753-54.

Seignepreis:
Herausgeber: 476 Mk. monatlich, 2376 Mk. jährlich
Einzelne Nummern 10 Pfennig. Postzuschlag monatlich 238 Mk. erst Zustellungsgeld. Unter Kreuzband für Deutschland u. Österreich-Ungarn 4,50 Mk. für das übrige Ausland 6,50 Mk. bei täglich einmaliger Zustellung 7,50 Mk. Goldrückstellungen nehmen in Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz, eingetragen in die Post-Zustellungs-Verzeichnisse.
Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntag, einmal.
Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokratisches Berlin“.

Anzeigenpreis:
Die nachgelagerte Nonpareil-Spaltbreite 10 Zeilen. „Kleine Anzeigen“, das ist: 2-zeilige Zeilen, 40 bis 100 Zeilen 2-zeilige Zeilen, jeder weitere Wort 10 bis 12. Einzeilige und Schlußzeilen in der ersten Zeile 20 bis 25. jeder weitere Wort 15 bis 20. Zeilen über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Feuerungsbeitrag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Berichte + Anzeigen 60 bis 70. Die Seite. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 3 Uhr nachmittags am Hauptgeschäft Berlin S.W. 68, Lindenstr. 3, abgegeben werden. Geschäfts-Zeit von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Die Streikwelle in England.

Amsterdam, 29. Januar. (Telunion.) Aus London wird gemeldet: Der Streik auf den Schiffswerften der Thames hat sich gestern auch auf die Werften südlich des Flusses ausgedehnt: 3000 geschulte Arbeiter und Tagelöhner legten die Arbeit auf den Werften und in den Häfen nieder. — In verschiedenen Häfen liegen Schiffe mit Lebensmitteln, die nicht gelöscht werden können. Der Ausstand an der Clyde dauert ebenfalls fort. Weiter wird gemeldet, daß im Westen Schottlands ungefähr 50 000 Mann in den Ausstand getreten sind. In Belfast hat der Streik auf die ganze Stadt mit sämtlichen Betrieben übergriffen. Es fahren keine Straßenbahnen, Gas und Elektrizität sind gesperrt, der Schiffbau steht still, die Vergnügungsorte, Wirtschaften und Restaurants haben geschlossen. Nur die Krankenhäuser erhalten elektrischen Strom. Einige Fabriken, in denen noch elektrisches Licht gebrannt wurde, wurden von den Aufständigen angegriffen, so eine große Färberei. Die Polizei mußte schließlich eingreifen und die Ruhe wieder herstellen.

Amsterdam, 29. Januar. Einem hiesigen Blatte zufolge schreiben die englischen Blätter die in England herrschende Streikbewegung folgenden Ursachen zu: Die große Kraftanstrengung, die der Krieg von den Arbeitern gefordert hat, und der Umstand, daß die Arbeiter befürchten, die Demobilisation werde die Arbeitslosigkeit fördern, wenn die Arbeitszeit nicht verkürzt werde; eine dritte Ursache sei in den gesteigerten Aufwendungen für die Lebenshaltung zu suchen, während die Löhne der ungelerten Arbeiter nicht in demselben Maße gestiegen seien, wie die der gelehrten. Auch habe der Kriegsgewinn, obwohl er mit 80 Prozent besteuert sei, die Unzufriedenheit der Bevölkerung erregt. Endlich seien revolutionäre Agitatoren dauernd tätig, um die unter der Bevölkerung herrschende Unzufriedenheit zu schüren. Die Abendblätter schätzen die Anzahl der Streikenden im Vereinigten Königreich auf 120 000 bis 150 000.

China wehrt sich gegen japanische Vergewaltigung.

Streit auf der Friedenskonferenz.

Peking, 29. Januar. (Holländisch Nieuwsbureau.) Aus Paris wird gemeldet: Zwischen den chinesischen Delegierten Wang und Rao und den Vertretern Japans, Matsuo, Chinba und Matsui ist es in der Schantungfrage zu einem lebhaften Meinungsstreit gekommen. Die Debatte in dieser Frage eröffnete Rao, der den Standpunkt Chinas darlegte. Obwohl die ganze Debatte in der Geheimhaltung stattfand, wurde dem Berichterstatter der „Newspost World“ wie er seinem Blatte meldet, eine ausführliche Schilderung gegeben. Die Chinesen waren, obwohl sie sich ruhig verhielten, erzürnt, als sie die Forderungen hörten, die auf eine Verteilung der Güter hinausliefen und hierzu auf einen großen Teil des reichsten chinesischen Gebietes gerechnet wurde. Die Chinesen protestierten allgemein, überreichten aber auch einen im einzelnen ausgearbeiteten Protest, in welchem sie darauf bestanden, daß Recht geschähe und die Ansprüche Japans zurückgewiesen werden müßten.

Die Sowjetregierung gegen den Völkerbund.

Genf, 29. Januar. (L.-A.) Nach Meldungen aus Paris ist beim Friedenskongreß ein offizielles Radiotelegramm der Sowjetregierung eingetroffen, in dem mitgeteilt wird, daß Rußland den Eintritt in die Gesellschaft der Nationen ablehnt.

Diskussion über die deutschen Kolonien.

Paris, 28. Januar. Reuter. Die Diskussionen über die außerhalb Europas eroberten deutschen Gebiete werden morgen fortgesetzt werden. Reuter teilt über ihren Inhalt nichts mit, bezeichnet sie aber als sehr bedeutungsvoll. Außerdem dementiert Reuter die Behauptung, daß zwischen der britischen Regierung und den überseeischen Dominions Reinigungsverhandlungen beständen; es herrsche vielmehr völlige Uebereinstimmung unter den Delegierten.

Verhaftung Pariser Syndikalistenführer.

Der politische Gewaltstreik.

Genf, 29. Januar. (Telunion.) Wie hier bekannt wurde, wurden in Paris verschiedene Führer der Syndikalisten der Pariser Arbeiterbörse verhaftet. Die Festnahme soll angeblich infolge des beabsichtigten Generalstreiks, der politischer Natur sei, stehen.

Das Ende des Spartakistenputsches in Wilhelmshaven.

Ausführliche Darstellung.

Wilhelmshaven, 29. Januar. Die Kommunisten kamen am Montagmorgen hier an und besetzten die öffentlichen Gebäude, u. a. die Reichsbank, wo sie unter Gewaltandrohung 40 000 Mark erpreßten. Bei den Verhandlungen zwischen den Kommunisten und dem Arbeiter- und Soldatenrat verlangte letzterer die Herausgabe des entwendeten Geldes. Die Kommunisten gaben jedoch die Leute nicht zurück, raubten vielmehr noch eine Million Mark aus der Reichsbank. Das geraubte Geld wurde zum Hauptquartier der Spartakisten, der „Tausend-Mann-Kaserne“, gebracht. Bei nachmaligen Verhandlungen wurde verabredet, daß das Geld bis 7 Uhr abends zur Reichsbank zurückgebracht werden sollte. Als um 7 Uhr ein mit Soldaten besetztes Automobil vor der Kaserne ankam, um das Geld zu holen, wurde es von den Spartakisten, die sich weigerten, das Geld herauszugeben, mit Schüssen empfangen. Infolgedessen wurden von der Befehlsführung des Autos Verwundete zu Hilfe gerufen, die nunmehr mit der Belagerung der „Tausend-Mann-Kaserne“ begannen. Es wurden Maschinengewehre und kleinere Schiffgeschütze herangeschafft; gegen 9 Uhr begann ein regelrechtes Gefecht, das bis gegen 2 Uhr nachts dauerte. Gegen 10 Uhr abends trat eine Kampfpause ein, weil die Spartakisten sich bereit erklärt hatten, das Geld herauszugeben. Es wurde dann der Reichsbank zurückgestellt, jedoch nicht der vollständige Betrag, da ein Teil bereits unter die Spartakisten verteilt worden war. Um 2 Uhr nachts erklärten die Spartakisten sich zur bedingungslosen Uebergabe bereit. 500 Mann wurden sofort in Haft genommen. Bei dem Kampf wurden im ganzen sieben Personen getötet, darunter zwei Spartakisten und zwei Berufssoldaten.

Es wurden etwa 80 Personen verwundet. Außerdem wurde gegen 7 Uhr abends ein Arbeiter, der an der Deichbrücke Posten stand, von einem Berufssoldaten erschossen, wodurch eine Spannung zwischen den Berufssoldaten und den Werftarbeitern hervorgerufen wurde. Heute am 29. haben die Post-, Telegraphen- und Eisenbahnbeamten morgens den Dienst wieder aufgenommen. Der gestrige Abend und die Nacht verliefen bis auf einzelne Schüsse im allgemeinen ruhig. Zwischen den Beteiligten ist ein vorläufiges Uebereinkommen getroffen worden, wonach die Beteiligten (Arbeiter- und Soldatenrat, die Kommunisten und die Arbeiter und Berufssoldaten) sich verpflichteten, Ruhe und Ordnung zu halten. Dieses Abkommen ist gestern durch den Einundzwanzigerat in einem Aufruf an die Bevölkerung veröffentlicht worden, der zur Beruhigung dienen soll.

Augenblicklich befinden sich noch im Ausstand die städtischen Beamten in Rüstingen und Wilhelmshaven, die eine besondere Forderung haben, nämlich die Errichtung einer Bürgerwehr zum Schutze gegen gewalttätige Angriffe auf das Eigentum der Bürger. Dieser Schutzwahl scheint ihnen nicht genügend gewährleistet zu sein durch den jetzigen Dienst des Sicherheitswesens, der sowohl die zweiseitige Vererbung der Reichsbank als auch die Befehlsführung des „Wilhelmshavener Tageblattes“ nicht zu verhindern vermocht hat. Die Bildung einer Bürgerwehr soll heute erfolgen.

Die schleswigsche Frage.

Ruhige Auseinandersetzung.

Auf die Erklärung der dänischen Regierung über die nord-schleswigsche Frage veröffentlicht der Deutsche Ausschuh für das Herzogtum Schleswig eine längere Antwort, in der unter Anerkennung des ruhigen sachlichen Tones der Erklärung ein Einverständnis mit verschiedenen dänischen Forderungen festgestellt wird. Mit besonderem Nachdruck wiederholt der Ausschuh seine Forderung, daß den Dänen Nordschleswig für Versammlungen, Petitionen und eventuell Abstimmung volle Freiheit gewährt werden müsse, betont aber ebenso entschieden, daß diese Freiheit entgegen den Behauptungen der dänischen Presse bisher durchaus nicht beschränkt worden sei.

In Schleswig setzt man sich mit aller Sachlichkeit über die Nationalitätenfrage auseinander. Im Dänen aber wollen die Polen nicht anders, als daß es polnisch dabei hergeht.

Sozialdemokratischer Wahlerfolg in Hessen.

31 Mandate erobert.

Das vollständige Ergebnis der Wahlen zur heftischen Landesversammlung ist folgendes: Sozialdemokraten 31 Sitze, Unabhängige Sozialisten 1 Sitz, Demokratische Partei 13 Sitze, Zentrum 13 Sitze, Deutsche Volkspartei 7 Sitze, Hessische Volkspartei 5 Sitze.

Was jetzt getan werden muß!

Rasch Brot schaffen.
Von Erwin Barth.

Infolge mehrtägiger Abwesenheit von Berlin bekunne ich erst jetzt den Artikel des Herrn Professors M. Sering in Nr. 48 des „Vorwärts“ zu sehen. Ich freue mich aufrichtig, daß in der Richtung der Landbesiedelung bereits weit vorgearbeitet ist. Aber diese Vorarbeit, so nützlich sie ist, entspricht nicht dem Gedanken, der mich bei der Abfassung meines Artikels leitete.

„Unbewirtschaftete Moor- und Dehländer sollen für Siedlungszwecke zu dem Ertragswert, den sie in unverbessertem Zustande haben, d. h. in vielen Fällen fast unsonst hergegeben werden.“ Hier will ich anknüpfen. Die Frage ist: wie sollen diese Wildländereien urbar gemacht werden? Der Weg den die europäischen Einwanderer in den amerikanischen Neuländern begangen haben — die Urbarmachung durch den Siedler selbst — ist zu lang für unsere Notzustände. Bei uns handelt es sich nicht darum, einzelnen Siedlungslustigen Menschen die notwendige materielle Unterstützung zum Aufbau einer neuen Existenz zu leisten, sondern um schnellste Vereinstellung neuen Kulturlandes im großen Stille, um unseren Nahrungsmittelspielraum zu erweitern und um den Hauptteil der jetzt brachliegenden Arbeitskräfte nutzbringend zu beschäftigen.

Aus der Gewinnung von neuem landwirtschaftlichen Areal soll eine neue Industrie gemacht werden — eine Uebergangsindustrie, die uns bis zum Eintreten geregelter Verhältnisse in der deutschen Industrie und bis zu ihrem Wiedererstarke die unproduktiven Ausgaben in Form von Arbeitslosenunterstützung erspart und mit Millionen von Händen neue notwendige Werte schafft. Dazu bildet die von Prof. Sering mitgeteilte gefeggeberische Vorarbeit eine nützliche Hilfe. Aber ihr Anfang ist noch zu eng gesteckt.

Wie ich mir die Lösung dieser Aufgabe vorstelle, will ich hier, soweit es im Rahmen eines Zeitungsartikels möglich ist, kurz skizzieren.

Eine amtliche Stelle wird mit größten Vollmachten ausgestattet. Sie hat sofort von den Wiesen- oder Wasserbauämtern oder den sonstigen Kulturstellen alle fertigen Pläne einzufordern und für die noch nicht aufgenommenen Gebiete schnellstens Pläne ausarbeiten zu lassen. Sie ist zu ermächtigen, wildliegende Privatländereien (Moore, Heide, Wildwiesen usw.) für den Staat zu enteignen.

Der Reihenfolge nach sind zuerst die Gelände in Arbeit zu nehmen, die am raschesten Fruchtland ergeben. Unter diesen sind die besseren Böden (Moore) zu bevorzugen. Unter diesen wieder sind die Gebiete in erster Linie in Arbeit zu nehmen, die bereits durch Kriegsgefangene vorgearbeitet worden und die infolgedessen für die Unterfunkt einer größeren Anzahl von Menschen eingerichtet sind und deren Umgebung auf den Unterhalt dieser Menschenzahl eingestellt ist.

Es handelt sich darum, möglichst rasch ertragbringendes Ackerland bereitzustellen und schon für die nächste Ernte Vorteile zu schaffen.

Eine Hauptfrage ist die Unterbringung der Arbeiter auf dem Lande. Dazu reichen die Unterkünfte für ausländische Wanderarbeiter nicht aus. Den höheren Ansprüchen der städtischen Arbeiter an Wohnungsbequemlichkeit muß entgegengekommen werden. Mit Hilfe des Einquartierungsrechtes muß ein Teil der Arbeiter in benachbarten Dörfern (bis zu 1 Stunde Entfernung) untergebracht werden. Darüber hinaus sind geräumige Militärbaracken bereitzustellen. Darin ist Unterhaltungs- und Lesemöglichkeit zu schaffen. Durch gesellige Spiele und belehrende Vorträge ist eine heitere Atmosphäre in den Paradenstellungen zu erzeugen, die den Arbeitern eine gehobene Freude am Leben sichert und sie für das Aufnehmen des reinen Genusses der Natur empfänglich macht.

Für die Verpflegung sind Militärfeldküchen aufzustellen und auch die besonderen Bedürfnisse an Kleidung und Schuhwerk für diese den städtischen Verhältnissen neuartige Arbeit sind soweit als möglich aus militärischen Restbeständen zu befriedigen. Ueberhaupt ist eine enge Anlehnung an die militärische Organisation für Unterkunft, Verpflegung usw. geboten — ohne natürlich von militärischen Geist zugleich einzuführen.

Die Entlohnung der Arbeiter ist die Frage, die größte Sorgfalt erfordert, der Geldlohn ist nicht zu umgehen. Er ist aber als nebensächlich zu behandeln. Die Naturalverpflegung ist in den Vordergrund zu stellen. Nach dem Vorbild der Kriegsunterstützung ist gleichzeitig für die in der

Stadt verbliebenen Familien der Arbeiter zu sorgen. Diese Unterstützung macht es erträglich, daß der Geldlohn in den Arbeitsgebieten gering ist.

Werden nun, auch wenn mit sozialer Beherzigkeit alles für die Arbeiter Leistbare getan ist, die Arbeitslosen sich berechnen, auf's Land zu gehen? Das wird zu erreichen sein. Wenn alle Vorbereitungen für diese im Volksinteresse absolut nötige Arbeit erfüllt ist, dann wird für Leute, die nicht aus gesundheitlichen oder sozialen Gründen diese nachgewiesene Arbeit verweigern, die sich also freudlos an den Lebensnotwendigkeiten für unser Volk vergehen, die Arbeitslosenunterstützung zu entziehen sein.

Diese Form der Arbeitspflicht schließt auf der anderen Seite in sich, daß diese Arbeit nicht im privatkapitalistischen Interesse geleistet wird. Denn dann würden sehr starke Widerstände bei den Arbeitslosen ausbrechen. Ich halte dafür, und damit stimme ich wohl mit dem Gesetzentwurf für die Beschaffung von landwirtschaftlichem Siedlungsland überein, daß das gewonnene Neuland Staats-eigentum bleibt und daß mit Hilfe der Erbpacht dort neue Kleinbauernstellen geschaffen werden. Diese Bauernstellen sind in erster Linie an solche zu geben, die als Arbeiter bei der Ausschließung des Landes tätig waren. Staatshilfe für die erste Einrichtung ist notwendig.

Sobald genügend Land aufbereitet ist, ist an die Herstellung der ersten Bauernstellen zu gehen. Bei dem Mangel an sonst gewohnten Baumaterialien (Ziegel) kann auf das in der „Ausstellung für billige Baumwolle“ dargestellte neue Baumaterial verwiesen werden. Eventl. könnten Rohbauten aus Holz provisorisch errichtet werden.

Das kostet natürlich sehr viel Geld! Das ist mir von verschiedenen Herren schon als Hindernis für den ganzen Plan entgegengehalten worden. Ja, die Arbeitslosenunterstützung kostet uns auch Hunderte von Millionen Mark. Und diese Millionen werden völlig unproduktiv angelegt. Investieren wir also dieses Geld als produktives Kapital und legen wir noch etliche Hunderte von Millionen Mark dazu. Jetzt heißt es Brot und Arbeit schaffen, und dazu muß jedes Mittel recht sein!

Man hat den Gedanken jüngst einmal ausgesprochen: an-geschick unserer fürchterlichen Finanznot die Arbeitslosenunterstützung nur für eine gewisse Zeit auf den einzelnen Arbeitslosen zu bezahlen. Das geht natürlich nicht an. Der Arbeitslose muß auf jeden Fall solange unterstützt werden, bis ihm Arbeit nachgewiesen werden kann. Sein Leben und das seiner Familie muß geschützt werden. Kann das nicht durch Arbeitslohn geschehen, so muß die Arbeitslosenunterstützung dafür einspringen. Diese Pflicht des Staates schließt jedoch selbstverständlich ein, daß der Arbeitslose nachgewiesene Arbeit unter unserer gegenwärtigen Notlage angepaßten sozial erträglichen Bedingungen annimmt. Erst muß Arbeit bereitgestellt sein, ehe man an den Gedanken der Einstellung der Arbeitslosenunterstützung gehen kann. Wer will sonst das daraus-entsprechende Geld verantworten? Leider wird in Zukunft damit gerechnet werden müssen, daß in Deutschland noch immer ein erheblicher Ueberschuß an Arbeitskräften besteht und daß die brachliegenden Arbeitskräfte von unserer geschwächten Wirtschaft nicht mit fortgeschleppt werden können. Um eine Auswanderung deutscher Arbeiter nach anderen Ländern werden wir nicht herumkommen können. Aber vorherhand wird es möglich sein, riesenmengen von Arbeitslosen in unserem eigenen Lande, für die Vergrößerung der Lebenssicherheit unseres Volkes, zu beschäftigen und die allgemeine Not zu lindern.

Für diese Aufgabe müssen alle guten Kräfte in unserem Volke mobil gemacht werden. Die Sorge um die Zukunft unseres Volkes beschäftigt jeden, der Verantwortungsgesühl in sich trägt, aufs stärkste. Und aus dieser Gesinnung heraus habe ich meinen damaligen Artikel ausklingen lassen:

Handeln, handeln, handeln!

Heimkehr aus der Ukraine.

Zur Heimkehr des I. Armee-Korps aus der Ukraine wird entgegen irreführenden Presseberichten folgendes mitgeteilt:

Unter Führung des Generalkommandos I. A. K. befinden sich in der Gegend von Charkow noch Deutsche, vornehmlich sächsische Truppen, die wegen der besonnenen Zustände in der Ukraine noch nicht in Richtung auf West-Litauen abbeordert werden konnten. Die Lage dieser Truppen wurde Anfang Januar schwierig, da nach der Annahme von Charkow durch die Bolschewisten im Süden und Westen alle Bahnverbindungen durch ardehrebolschewistische Banden abgeschnitten worden waren. Die Absicht des Generalkommandos, sich nach Westen durchzuschlagen, scheiterte an dem Verhalten der Truppe. Daraufhin entschloß man sich zu Verhandlungen mit der Sowjetregierung in Moskau, mit deren Führung der Soldatenrat beauftragt wurde. Es wurde ein Vertrag geschlossen, nach dem die Bolschewisten sich verpflichteten, die Truppen über Orel—Smolensk—Dünaburg—Wilna abzubefördern. Die Rückkehr der Unterhändler wurde nun befragt, in einem von Königsberg aus verbreiteten Artikel der Sowjetregierung für die Rückführung der abgeschnittenen Truppen durch Grobrußland in überaus glücklicher Weise Dank zu sagen. Wegen Form und Inhalt dieser Anweisung kann nicht klar genug Stellung genommen werden. Bedeutet sie doch nichts weiter als eine Propaganda für den Bolschewismus in überster Form.

Warum konnten die deutschen Truppen nicht rechtzeitig in die Heimat zurückkehren? Nicht, weil die Heimat sie im Stich gelassen hat, sondern weil einzelne unbillig privilegierte deutsche Truppenverbände ohne Rücksicht auf ihre Kameraden gegen die Weisung der Führung eigenmächtig ihre Posten in der Ukraine verließen und die für den Bahntransport nötigen Bahnhöfe preisgaben. Ferner, weil dieselben Bolschewisten, deren internationale Solidarität gefeiert wird, ihnen zuvor jeden anderen Weg abgeschnitten hatten.

Daß die Truppen vor der Abfahrt ihr ganzes Gerät und sämtliche Kanonen abgeben mußten und nur 80 Proz. ihrer Handwaffen behalten durften, daß dadurch die Bolschewisten sich auf rufschalige und bösartige Weise in den Besitz von Waffen setzten, die für ihre Kriegsführung gegen uns wichtig sind, darf nicht verschwiegen und übersehen werden. Außerdem ist die heute von dem Soldatenrat, der die Verhandlungen führte, noch kein Mann über die Demarkationslinie gekommen. Vorläufig ist lediglich der Vertrag bekannt geworden. Ob und wie die Sowjetregierung zur Erfüllung gewillt und in der Lage ist, bleibt nach den gemachten Erfahrungen abzuwarten.

Sicher ist zu begründen, daß die abgeschnittenen Truppen nunmehr die Möglichkeit erhalten sollen, überhaupt in die Heimat zu gelangen, wenn die Rückkehr auch durch Abgabe der Waffen und durch Marsche von Nowo-Stenjanin bis Roschewo, also über 130 Kilometer durch Schnee und Eis, erkauft werden muß. Jedoch dürfte das Zugeständnis der Heimkehr über Rußland weniger dem Edelmut und der Menschlichkeit der Sowjets zu danken sein, als vielmehr dem festbaren Bestreben, in den auf diese Weise Heimbekehrten neue Parteigänger für die Sache des Bolschewismus in Deutschland zu gewinnen.

Es erscheint daher mehr als bedenklich, durch eine ungeschickte Wiedergabe der oben dargelegten Tatsachen die Bolschewisten zu unterstützen. Man besorgt so die Geschäfte unserer Feinde im Osten und spielt der Entente auf dem Schein des Material in die Hand für die unwahre Behauptung, Deutschland stärke den Bolschewismus.

Kämpfe mit den Polen.

Paulina befreit.

Bromberg, 23. Januar. Amlich. Gegen fünf Uhr nachmittags griffen die Polen in einer Stärke von etwa 300 Mann Wilhelm-dorf an. Sie wurden abgewiesen und bis Paulina zurückgeworfen. Paulina wurde angegriffen und unter Zurücklassung von zwei Maschinengewehren und Munition gegen sich die Polen fluchtartig zurück.

Polnische Greuel.

Ein deutscher Parlamentär totgeschlagen.

Bromberg, 23. Januar. Leutnant Rogalla vom 14. Infanterie-Regiment, Sohn des Gemeindevorstehers in Schleißenau, ist am vergangenen Mittwoch im Laufe von Verhandlungen, die er als Parlamentär mit den Polen der Zone führte, mit Gewehr-tossen erschlagen worden. In schwerverletztem Zustande, aber noch lebend, wurde er in das Schubinzer Lazarett eingeliefert, wo er inzwischen gestorben ist.

Dies und dazu noch mitgeteilt wird, erschien am folgenden Tage in dem Lazarett ein polnischer Matrose, um sich zu erkundigen, ob „das Schwein“ noch am Leben sei.

Regierung und Vollzugsrat.

Keine „Militarisierung“ Berlins.

In einer der letzten Sitzungen des Vollzugsrats der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte war ein Antrag Weiß angenommen worden, der die Reichsregierung aufforderte, sich vor einer Versammlung der genannten Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins sowie der kommunalen Arbeiter- und Soldatenräte wegen der Vorgänge während der Krawallwoche zu rechtfertigen. Die Reichsregierung hat es abgelehnt, dieser Aufforderung Folge zu leisten. Sie sandte dem Vollzugsrat des Berliner A. und S.-Rats das nachstehende Schreiben:

An den Vollzugsrat der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte
Berlin,
Abgeordnetenhaus,
Berlin, den 20. Januar 1918.

Auf Ihr Schreiben vom 22. d. Mts. teilen wir Ihnen mit, daß wir der Einladung zu der auf den 21. Januar festgesetzten Versammlung der gesamten Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins sowie der dem Verbund Groß-Berlins angeschlossenen kommunalen Arbeiter- und Soldatenräte zu unserem Bedauern nicht folgen können.

Nach dem Beschluß des Rätekongresses sind wir für unsere Tätigkeit örtlichen Arbeiter- und Soldatenräten nicht verantwortlich. Der Kongreß hat vielmehr die Kontrolle unserer Tätigkeit dem Zentralrat übertragen, in dessen Einvernehmen wir bei den Maßnahmen zur Herstellung der Sicherheit in Berlin gehandelt haben. Schon deshalb können wir den Anforderungen örtlicher A. und S.-Räte zu mündlicher Berichterstattung über unsere Tätigkeit nicht entsprechen. Ein solches Verfahren wäre auch praktisch undurchführbar, denn mit dem gleichen Recht wie Berlin können auch andere Orte und zu mündlicher Berichterstattung auffordern. Dazu kommt, daß wir in den folgenden Tagen mit unaufschiebbaren Vorarbeiten für die Nationalversammlung voll in Anspruch genommen sind.

Wir sind deshalb gezwungen, und zu den aufgeworfenen Fragen schriftlich wie folgt zu erklären:

Vorweg ist zu dem Antrag Weiß zu bemerken, daß eine „Militarisierung“, was wohl heißen soll, eine dauernde militärische Besetzung Berlins, nie beabsichtigt war und daß eine solche auch nie bestand. Die Heranziehung von Truppen ist von der Reichsregierung und dem Zentralrat angeordnet worden, damit die gefürchtete öffentliche Sicherheit in Berlin wieder hergestellt werde. Das lag nicht nur im Interesse der Berliner Bevölkerung, sondern vor allem auch durch das Reichsinteresse unbedingt geboten. Daher sind auch die Kosten für die militärischen Maßnahmen auf die Reichskasse übernommen worden. Die Verflechtung der Truppen erfolgte, wie es bei allen mobilen Formationen üblich ist, nachdem die Wirren in Berlin beendet sind und leidliche öffentliche Sicherheit wieder eingetreten ist, wurden auch die Truppen zum weitaus größten Teil aus Berlin zurückgezogen.

Die Reichsregierung,
Ebert, Scheidemann.

Es ist nun wohl zu erwarten, daß sich die Mehrheit des Vollzugsrats mit dieser klaren und vernünftigen Antwort zufrieden geben wird.

Literatur-Revolutionen.

Von Dr. Paul Sandau.

Eine revolutionäre Bewegung in der Kunst geht mit der politischen Revolution in Deutschland Hand in Hand. Unter den Wägen hat sich um Weichsel die sog. Novembergruppe gebildet, die schon durch den Namen sich als eine Koalition der staatlichen Umwälzung kennzeichnet und den Geist der neuen Zeit bereits in wichtigen Blättern zum Ausdruck gebracht hat. Auch die jungen Dichter, besonders die Sprüher um Werfel, läßt sich als die besten Vorläufer der Revolution und fordern mit der Umgestaltung aller Verhältnisse eine ganz veränderte Stellung der Kunst zum Leben. Eigentlich war die literarische Revolution schon vor der politischen da. Bereits in dem letzten Jahrzehnt vor dem Kriege zeigte es sich, daß der alte Stil des Naturalismus, der das 19. Jahrhundert beherrschte hat und im Impressionismus seine höchste Verfeinerung erfuhr, vollständig abgewirtschaftet hatte. Etwas Dunkles, Dumpfes, Gärendes kam heraus: der Expressionismus. Das Publikum hat diese jede Naturnachahmung ablehnende, aus der Zukunft innerer Visionen wild hervorbrechende Ausdrucksform zunächst wie einen wilden Traum abgelehnt. Die Welt von 1914, diese alte Welt, die am schönen Schwem festhielt, hatte keine Augen für das qualvolle Gemälde und die Gestaltung der Erde, die bereits den kommenden Zusammenbruch, die Umwertung aller Werte, den Anbruch eines neuen Zeitalters voraussah. Die ungeheure Bewegung, die heute Deutschland und die ganze Welt durchzittert, die Aufstellung der Weisheit, die Aufwindung der trägen Kräfte, sie haben und die Kunst des Expressionismus. Diese Kunst der Verzerrungen und der Härte, der primitiven Formen und der geistigsten Innerlichkeit, näher gebracht, und wenn erst einmal die politische Revolution den Sturm so viel Ruhe gebracht wird, um sich wieder dem Reich der Schönheit zuzuwenden, wird die Kunstrevolution, der dieser die weiten Kreise nach fremd gegenüberstehen, als ein Stück unserer eigenen Kultur lebensfähig und unumwandelbar werden.

Zweifellos geht bei der neuen Bewegung die bildende Kunst voran. Gegen die immer leeren werdende Abschilderung des äußeren Geschehens der Natur im Impressionismus erhoben sich Meister — man denke an Cézanne und van Gogh an Dürer, aber auch an Warhol — die sich von den Fesseln der Naturnachahmung befreiten und ganz der inneren Stimme ihres Gemüts folgten. Die ganze Außenwelt zum Ausdruck ihres persönlichen Erlebens machten. Der im Menschen lebende Formwille wandte sich gegen die Auflösung aller Kompositionen in Zusammenhängen und drängte zu einer starken Betonung des formalen, die bis zur Entstellung der Dinge in regelmäßige geometrische und kubische Körper führte. Man suchte Anknüpfung bei den ursprünglichsten Gebilden der Kunst, bei der Plastik der Ägypter und der linearen Einfachheit frühmittelalterlicher Miniaturen, bei den großen, aber eckigen Gebilden der Bauernkunst und den wilden, aber leidenschaftlich empfindenden Herdortbräunungen wilder Völker. Diese Primitivität hat auch in der Dichtung zum Ausdruck an den „Homer der neuen Welt“, an Walt Whitman, geführt, dessen freibühnenähnlichen Reizen den reinsten Ausdruck der Empfindung gewährten. Die neue Dichtung wurde,

zunächst in der Lyrik, dann aber auch im Drama, ein jähes Vorbrechen der Kräfte, ein Aufsteigen der gequälten Seele und diese Sehnsucht nach Einfachheit und Größe tritt immer deutlicher hervor, wenngleich hier noch alles unerklärt ist und die Formen der alten Kunst in neuer Verbrämung noch immer gekostet werden. Jedenfalls sind wir mitten drin in einer Literaturrevolution.

Die erste eigentliche Revolution, die unsere Literatur erschütterte, war die des „Sturm und Drang“ um Jahr 1770, aus der der junge Goethe als die führende Persönlichkeit hervortrat. Um 1800 finden wir dann wieder eine revolutionäre Bewegung gegen die durch Schiller und Goethe geschaffene Klassik in der Romantik, und gegen diese romantisch-reaktionäre Richtung erhebt sich um 1830 eine freibühnenartige, dem Leben und der Bewegung zugewandte Poesie im jungen Deutschland. In den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts beginnt dann die Revolution des Naturalismus, die wieder den Kampf gegen die Unnatur auf ihr Banner schreibt und bald in eine neue Romantik, in den Symbolismus, ausläuft. Die letzte Literaturrevolution, in der wir noch mitten drin stehen, wäre dann die um 1910 einsetzende expressionistische Richtung, die ihre ersten großen Erfolge etwa in den Gedichten Werfels und den Dramen Hofensteders hat. So verschiedenartig die Inhalte aller dieser Revolutionen sind, so gleichförmig sind die Methoden, mit denen sie arbeiten. Es ist ja, wie in jeder politischen Revolution, so auch in jeder literarischen, immer derselbe Typus Mensch, der sich hier Weltung verschafft: der Fanatiker, der Theoretiker — kurz die Jugend.

Diese psychologische Haltung des Kunstrevolutionärs bringt es mit sich, daß alle Revolutionen in der Literatur sich im schroffsten Gegensatz zu dem Vorgängerem stellen. Damit hängt auch enge die Aufschauung der Revolutionäre zusammen, daß die Kunst mit ihrem Auftreten eigentlich erst anfangt. Da der Expressionist in jeder Nachahmung der Natur einen verhängnisvollen Irrtum sieht, so existiert unsere gesamte Kunst, die auf einer Umkehrung der Natur beruht, für ihn nicht. Die Kunst hängt für ihn erst mit dem Expressionismus an.

Man darf von Revolutionen keine maßvolle Gerechtigkeit verlangen, und deshalb ist mit jeder Umwälzung in der Literatur ein bester Bildersturm gegen die bisherigen Güter verbunden. Heute muß besonders Thomas Mann als der Typus des unartigen Kritikers die Angriffe der Jungen aushalten. Die „Stürmer und Dränger“ räumen mit Wieland ebenso wie mit Klopstock auf; die Romantiker verdrängen Schiller; das junge Deutschland warf den „Rückwärtler und Verharmloser“ Goethe auf den Rederibühnen; die Naturalisten der 80er Jahre haben besonders in Paul Heyse den Begräber alles Heils. Demgegenüber werden wieder einmal ältere Persönlichkeiten der Dichtung, mit denen sich die Revolutionäre verstanden haben, auf den Scheitel gehoben. Die Jugend von 1770 vergötterte Rousseau und Lavater, die Romantiker Dante und Cervantes, das junge Deutschland Schiller und Jean Paul. Während also die großen Vorbilder des Naturalismus Höpfer, Zola und Tolstoi galten, werden heute Dichter wie Whitman, George Lammer, Claudel, besonders verehrt. Eine große Rolle spielen in allen Revolutionen die Theoretiker; sie sind die eigentlichen Propädeuten und Vorbereiter, die Hauptvertreter der Revolution. Die Taktik dieser Revolutions-Theoretiker ist zunächst fast die Verneinung alles Bisherigen und die schrankenlose Anpreisung des

Neuen. Sodann wird, wenn sich die beharrenden Kräfte des Lebens wie der Kunst unüberwindlich erweisen, der Versuch gemacht, dem eigenen Parteiprogramm die allgemeine Bedeutung eines Evangeliums zu verleihen. „Die Macht des aufrechten Wortes, der Fäulnis der Formel und der Pointe“, die Rudolf Haug als den Hauber der romantischen Wirkung hinstellt, sind bei jeder Literaturrevolution gleich bedeutungslos. Bei all diesen Umwälzungen aber haben alle Revolutionen der Dichtung doch die hohe Bedeutung gehabt, der Jugend zu ihrem Recht zu verhelfen, den Boden aufzuweiden für künftiges, und so dürfen wir hoffen, daß auch aus der neuesten Revolution in der Literatur ein neuer Stil und eine neue Schönheit entstehen werden.

Notizen.

— In der neuen Roman. M. Andersen-Rog, der Verfasser des bedeutendsten proletarischen Romans („Welle der Eroberer“), den wir vor einigen Jahren unseren Lesern hienieden konnten, hat ein Seitenstück dazu geschrieben. Es ist die Entwicklung eines Proletarierknaben, so hier den Verhagung eines armen Mädchens, dessen Lebensschicksale ein Spiegelbild und ein Symbol des Aufstiegs der Arbeiterschaft selbst sein werden. Der erste Band, von Hermann Kij geteilt, verdient, liegt bisher vor. In ihm vereint sich die ganze Gemütsintensität und das tiefmenschliche Sympathiegefühl des Dichters wiederum mit einer hohen und lebendigen Erzählerkunst.

— Theater. Die Aufführung von Wilhelm Speyers Drama „Der Revolutionär“ im Kaiserhoftheater, München, erwidert, findet gleichzeitig im Münchner Revue-Theater, im Berliner Kammers Theater und im Deutschen Schauspielhaus in Hamburg statt.

— Vorlesung. Friedrich Soltau liest im Volkshaus Sonntag, abends 7 1/2 Uhr, das maurische Drama „Alman-jal Sonntag, abends 7 1/2 Uhr, das maurische Drama „Alman-

— Als Nachfolger Brentanos ist für den von ihm bisher innegehabten Lehrstuhl der Nationalökonomie der Professor Max Weber in Heidelberg berufen worden.

— Das Ende der Theatergenie. In Bayern soll für die in der Künstlergenossenschaft zusammengefaßten Künstler eine besondere Vermittlerstelle geschaffen werden, wenn sie die Bühnengenossenschaft lange vorsteht. Die parasitischen Theatergenies würden damit endlich beseitigt. — Die Sache bedarf freilich der Regelung durchs Reich, um das sich Bayern nicht sonderlich kümmert.

— Die Frauen im Weltkrieg nennt die schwedische Sozialistin Ellen Au ihr neues Werk, das gewiss auch in Deutschland die verdiente Beachtung finden wird.

— Vorlesungen über Zeitungswesen. Vom Sommersemester 1918 ab sollen an der Berliner Universität Vorlesungen über Zeitungsstände abgehalten werden. Dr. Otto Jöckling liest über „das Zeitungswesen in Deutschland und im Ausland“. Gleichzeitig wird ein zweitägiges Seminar abgehalten über Zeitungspraxis. Die Vorlesungen finden in den Räumen des Orientalischen Seminars, Dorotheenstr. 7, statt. Der Besuch ist weiten Kreisen gestattet.

Groß-Berlin

Die Dankadresse.

Es gibt Leute, die den Emmonarchen als solchen noch immer unentwegt umstrolchen und hundegleich umwibeln und beschmarchen...

Paulsen.

Kein Milchstreik.

Wah für die Feinsten?

In einer stark besuchten Milchhändlerversammlung am gestrigen Nachmittag wurde über die Einigung mit den Ernährungsbehörden berichtet. Die etwa 60prozentige Preisverböschung bedeutet für die Käufer 2 Pf. für den Liter mehr und für die Milchhändler, die bisher einen Verdienst von 6 Pf. hatten, einen Nutzen von 8 Pf. ...

32 weitere Opfer begraben.

Auf dem Zentralfriedhof in Friedrichsfelde wurden am gestrigen Nachmittag 32 Opfer der Spanialmadre beerdigt. Diesmal trug das Leidbegängnis nicht die Merkmale einer politischen Totenfeier. Vielmehr versammelten sich um die offene Gruft in der Hauptsache die Leidtragenden und eine Anzahl Kranzdeputationen.

Stine Menschenkind.

Von Martin Andersen Nexö.

1.

Stines Stammbaum.

Es hat allezeit als Zeichen guter Abstammung gegolten, wenn man seine Ahnen bis weit zurück aufzählen konnte. Und danach ist Stine Menschenkind ein sehr vornehmes Weib.

Eine Stammtafel der Familie findet sich nicht, und sie wäre auch nicht leicht auszuarbeiten, da die Familie zahlreich ist wie der Sand des Meeres. Alle andern Geschlechter lassen sich auf dieses zurückführen; hier tauchten sie auf im Laufe der Zeiten — und sie kehrten wieder dahin zurück, wenn ihre Kraft vertronnen und ihre Rolle ausgespielt war.

Der Ueberlieferung nach soll die Stammutter des Geschlechtes eine Feldarbeiterin gewesen sein, die mit dem nächsten Befehl auf der feuchten Erde ausrubte. Davon wurde sie schwanger, und sie brachte einen Knaben zur Welt. Dies blieb später ein eigentümlicher Zug des Geschlechtes: seine Frauen trugen nicht gern Unterzeug — und bekamen Kinder für nichts und wieder nichts.

Der Knabe trug lange das Merkmal der lehmigen Erde; als kleines Kind war er ein Kommes Würmchen mit krummen Weinen. Aber er wuchs sich heraus und wurde ein tüchtiger Erdarbeiter; mit ihm nimmt die Beackerung des Landes ihren Anfang.

Die Trauerrede wurde vom Domprediger Döring gehalten. Hiernach richtete P e e h von der Republikanischen Schutztruppe eine Ansprache an die Anwesenden, in der er der Trauer um die verstorbenen Menschenleben Ausdruck gab.

Unter den zahlreichen Kranzspenden fielen besonders 16 Kränze der Republikanischen Schutztruppe für die unschuldigen Opfer der Revolution auf. Die Namen der Bestatteten lauten: Ema Behne, Will Brandenburg, Alfred Beckmann, Paul Engel, Hermann Edel, Marie Frensch, Maria Jahnke, Emil und Ida Kalland, Paul Kluge, Else Kaimann, Ernst Maasch, Richard Mündelberg, August Wansla, Rudolfski, Pinnak, Kurt Rau, Willi Rief, Hermine Seidel, Paul Schmiedel, Egon Sauter, Andreas Schellhaas, Ella Wiesner, Walter Wafhausen, Paul Winkler, Otto Viktor, ferner sechs unbekannte Männer, von denen zwei vermutlich Köhler und Edmund Ehlers heißen.

Die Erwerbslosenunterstützung.

Erwerbslose vom 14. bis 17. Lebensjahre haben bei Bezug der Unterstützung den Fach- oder Fortbildungsschulunterricht zu besuchen. Unentschuldigter Verbleib sowie unangebrachtes Verhalten im Unterricht hat gegebenenfalls Verlust der Unterstützung zur Folge.

Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen betrug am Ende der letzten Woche (in der Kammer die Zahl der vorliegenden Wochel: In Berlin 147 148 (126 885), in Potsdam 25 027 (22 657), in Berlin-Schöneberg 5100 (4830), in Berlin-Weißensee 10 377 (9735), in den Groß-Berliner Städten (außer Charlottenburg und Wilmersdorf) zusammen: 187 654 (163 657); ferner in den zum Lebensmittelfverband Groß-Berlin gehörenden größeren Orten der Landkreise Teltow und Niederbarnim zusammen rund 21 000 (18 000).

Kommunale Arbeiterräte der S. V. D.

Berlin, Donnerstag nachmittag 4 Uhr im Festsaal des Herrenhauses. Z. A.: Otto Frank.

Die Volksversammlung der N. und S. Kreise Groß-Berlins und der kommunalen Arbeiterräte im Zweckverbandesgebiet Groß-Berlin findet Freitag, den 31. d. M., vorm. 9 1/2 Uhr, in der Pflanzmairie, Rönneburger Str. 22/23, statt. Tagesordnung: 1. Nächtliches — Rationalisierungs — Verfallungsentwurf. Referent und Korreferent. 2. Diskussion 3. Bericht der Volksbeauftragten über die Vorgänge der letzten Wochen. 4. Bericht des Volksrates über die Vorgänge der letzten Wochen. 5. Diskussion. Zutritt nur gegen die grüne bzw. weiße Legitimationskarte.

Die Ehrengehälter der Republikanischen Soldatenwehr betragen an Pöhnung täglich 1 M., für den Dienst 5 M. Den Verheirateten (4. der Wehr) ein Gehaltsgeld von 5 M., einschließlich Feuerungs- und Wohnungsgehalt. Häubter und Mannschaften erhalten gleiche Lohnsätze. Die Dienstverteilung ist folgende: 24 Stunden Dienst (von mittags 1 Uhr bis anderen Mittag 1 Uhr), 24 Stunden frei.

Ein Anspruch erhebt eine Aufschrift gegen die Poliz „Handlungsgeschäftensend“, deren Verfasser erklärte, er würde auch für 200 M. arbeiten. Eine solche Wendung könne die übrigen Kollegen schädigen, die höhere Bezahlung haben, und es sei auch ganz unmöglich, mit 200 M. zu leben.

Der Rat ehemaliger Schutzhaftgefangener hält am Sonntag, den 2. Februar, vormittags 11 Uhr, im Ruchhauß des Restaurants „Reingold“, Bellevuestraße, eine Mitgliederversammlung ab, in der über wichtige Verhandlungen mit den Reichsbehörden referiert wird. Wie wir hören, bezieht in maßgebenden Angelegenheiten die Leitung, in dem Rat die offizielle Vertretung aller ehemaligen Schutzhaftgefangenen zu erblicken. Interessenten erfahren Näheres in der Geschäftsstelle des Rates.

ehemaliger Schutzhaftgefangenen, Abgeordnetenhaus, Ostseite, Obergeschloß, Zimmer 46/47, Fernspr. Zentr. 9041. Zweck und Ziel des Rates ehemaliger Schutzhaftgefangener sind besonders: Sicherstellung aller Schutzhaftgefangener die Regierung; Eintäumung des Rechts zur Einmischung in die Ätten durch den Rat; Bestrafung aller Personen, die widerrechtlich oder willkürlich unter Mißbrauch ihrer Stellung Veranlassung oder Zugestaltung haben, daß Leute in Schutzhaft genommen oder behalten oder Aufenthaltseinschränkungen unterworfen wurden; Erfah materialien und ideellen Schodens; Ernennung einer Kommission zur Festsetzung und Abgeltung der Schäden; Hinguziehung des Rates zu it.

Wahlschnüffelei.

Was hat die Schule sich darum zu kümmern, mit welcher der Parteien es die Eltern ihrer Söglinge böiten? Doch immer gibt es Fäbungen, die den Unfug nicht lassen können, solche Schnüffelei zu betreiben. Aus dem Leibniz-Gymnasium in Berlin erfahren wir, daß in der Sexta die Jungen gefragt wurden, wie am 28. Januar die Eltern gewählt hätten. Ein Elternpaar äußert sich mit berechtigter Entrüstung über diese Angehörigkeit, die es unbedarft. Wir fordern, daß der gesamten Lehrerschaft die Gefährdungs- und Wahlschnüffelei streng unterliegt und gegen Zuhilfenahme nachdrücklich eingeschritten wird.

Auflösung des Sicherheitsdienstes Groß-Berlin. Das Ministerium des Innern hat die Auflösung des Sicherheitsdienstes in Berlin zum 28. Februar, in Wilmersdorf und Schöneberg zum 6. März, und in Neuloh bis zum 15. März angeordnet. Für die Auflösungsarbeiten hat sich aus den Kreisen der Mannschaften und Leitung heraus ein Zentralrat aller Sicherheitsmannschaften Groß-Berlins gebildet, dessen Aufgabe es ist, für die nötige weitere Unterbringung der Mannschaften beim Ueberführung in ein geordnetes Arbeitsverhältnis zu sorgen. Zwecks Stellungnahme in dieser Angelegenheit findet am Donnerstag im Lehrer-Vereinshaus, Alexanderplatz, mittags 2 Uhr, eine Versammlung der Sicherheitsmannschaften von Groß-Berlin statt, in der Kommandant Dr. G. Franke über die Auflösung des Sicherheitsdienstes sprechen wird.

40 Jahre unbesoldeter Gemeindebeamter. Dieses Jubiläum, das seinen Bürgerinn hoch ehrt, kann der Stadtverordnete Wilhelm Gericke, Moabit, feiern. Seit vier Jahrzehnten ist er Vorsitzender des hiesigen Ausschusses für die Wahlen von unbesoldeten Gemeindebeamten.

Der sozialistische Werke-Ausschuß für die höheren Lehranstalten veranstaltet heute abend 7 Uhr in der Aula der Gemeindefchule hinter der Garnisonkirche, Neue Friedrichstraße, eine Schülerversammlung. Thema: Schule, Politik, Sozialismus. Freie Ansprache.

Im Anpreislichkabine der Staatlichen Museen ist vom 1. Februar ab eine Ausstellung der Holzschmitte Fäders zugänglich, die an die Stelle der Ausstellung von Zeichnungen sämtlicher Meister getreten ist.

Politische Köpfe. Die neueste Nummer des „Schwermere“, Herausgeber Emil Unger, bringt wieder zwei Cartonsbilder, diesmal von Ledebour und Kossel. Außerdem u. a. Artikel: „Juden“, „Ein Presse-Gerichtshof“, „Wer soll zahlen?“

Rektorat der Handelsschule. Die Vertreter der Kaufmannschaft von Berlin haben die Wahl des Professors für Handelswissenschaften an der Handelsschule Berlin, Herrn Veitner, zum Rektor der Handelsschule bestätigt, nachdem der Minister für Handel und Gewerbe seine Zustimmung erteilt hat.

Am Freitag Nachm. 5 Uhr die Freilichtabend-Vorstellung mit Rücksicht auf die notwendige Anschaffung der Kohlen- und Lichterparnis aus.

Berliner Lebensmittel.

Brotbrotbacktrieb. Bis Freitag, den 31., in den Bezirken der 85., 88., 89., 90. und 176. Protokommission und bis Sonntag, den 3. Februar, in den Bezirken der 86., 104., 193. und 87. Protokommission 1/2, Dole Buchstabenreich (Dän. Wänterich). — Rasse. Bis Freitag in den Bezirken der 168. und 229. Protokommission. — Auf Abgabe 91 und 92 je 250 Gramm, also zusammen 500 Gramm Parmesane. Anmeldung in den durch Ausschussgebild geteilten Bezirken am 30. 31. Januar und 1. Februar. — In den nächsten Tagen bei den Reichern Danermarkt, aber nur eine sehr beschränkte Menge. Preis für 1 Pfund 5,75 M. Auf je 25 Gramm Fleischwaren 20 Gramm Dauerwurst.

Die Juristische Sprechstunde fällt am Donnerstag, Freitag und Sonnabend aus.

Lebens. In seinen Ruhestunden schuf er eine ganze Religion daraus.

Es war draußen im Freien nicht gut mit ihm auszukommen; in der Arbeit hatte er nicht seinesgleichen. Aber seinem Weibe unterlag er. Der Name Mann soll daher rühren, daß er, wenn sein Weib ihn mit ihrem schorfen Mundwerk aus dem Hause getrieben hatte, stuhnd umherzugehen und zu schreien pflegte, er sei Mann im Hause. Noch heutige tags fällt es manchen aus dem Geschlechte Mann schwer, sich ihren Frauen gegenüber zu behaupten.

Ein Zweig des Geschlechtes ließ sich an der öden Küste am Rottgott nieder und gründete das Dorf. Das war in jenen Zeiten, als noch Wald und Sümpfe das Land unwegsam machten; und dieser Zweig kam ferwärts heran. Das Felsenriff, wo die Männer mit dem Boote anlegten und Frauen und Kinder von Bord hoben, liegt noch da; weiße Seewegel bezeichnen abwechselnd Tag und Nacht die Stelle — und haben das durch Jahrhunderte getan.

Dieser Zweig hatte in hervorragendem Grade die typischen Kennzeichen des Geschlechtes: zwei Augen — und eine Nase mitten im Gesicht; einen Mund, der lüßen und beißen konnte, und ein paar Fäuste, die gut am Schafte saßen. Außerdem glied er dem Geschlechte darin, daß die meisten seiner Mitlieder besser waren als die Verhältnisse. Man konnte die Manns überall daran wiedererkennen, daß ihre schärfsten Eigenschaften sich meist auf bestimmte Ursachen zurückführen ließen, während das Gute in ihnen sich nicht begründen ließ, sondern angeboren war.

In eine öde Gegend waren sie gekommen. Aber sie nahnten sie, wie sie war, und ließen sich unbedrossen mit dem Dasein ein, honten Güten, zogen Gräben und schlugen Wege. Sie waren genüßsam und hart und botten den unerlässlichen Drang der Manns, sich mit den Dingen herumzutummeln; seine Arbeit war ihnen zu leicht oder zu schwer, und bald war es in der Genend zu merken, daß sie sich dort niedergelassen hatten. Aber sie waren nicht gefascht darin, den Ertrag ihrer Arbeit festzuhalten, und ließen andere damit davonlaufen; so kam es, daß sie trotz all ihrem Fleiß noch wie vor arm blieben.

Vor gut fünfzig Jahren, noch bevor die Nordküste von den Kurgästen entdeckt war, bestand das Dorf immer noch aus

einer Gruppe von krummstieligen, stockflechten Güten, die recht wohl die ursprünglichen sein konnten, und es glich überhaupt einem uralten Wohnplatz. Gerät und am Land gezogene Boote füllten den Strand; das Wasser in der kleinen Bucht stank nach wegeworfenen faulenden Fischen, Seebäsen, Almsüßern und anderem Meeresgetier, das auf Grund seines seltsamen Aussehens für bewohnt von Geistern galt und darum nicht gegessen wurde.

Eine Viertelstunde Wegs vom Dorf, draußen auf der Landspitze, wohnte Sören Mann. Er war in seinen jungen Jahren wie alle andere auf See gefahren und hatte sich später daheim als Fischer niedergelassen — wie es Sitte und Brauch war. Aber eigentlich war er Bauer. Er gehörte zu demjenigen Zweig des Geschlechtes, der sich daran gemacht hatte, das Land zu bestellen, und der dadurch über das Uebliche hinaus zu Ansehen gelangt war. Sören Mann war Söfnersohn; als er aber das Mannesalter erreichte, heiratete er ein Fischermädchen und begann, neben dem Ackerbau wieder Fischerei zu treiben — wie es die ersten Bauern des Geschlechtes getan hatten.

Mit dem Ackerbau hatte es nicht viel auf sich; ein paar Tonnen Dünenland, wo einige Schafe kümmerlich Nahrung fanden, das war alles, was von einem großen Hof übriggeblieben war, der dort gelegen hatte, wo jetzt die Wäden schreiend über der weißen Brandung umherirrten. Das übrige hatte das Meer verschlungen.

Es war Sören und besonders Mores armfälliger Stolz, daß keine Vorfahren Hofbesitzer gewesen waren. Vor drei, vier Generationen lag der Hof gut und wohl da, mit vollwertigen Rändereien, ein ins Meer vorgehobener Stammknoten. Mit vier Ästgeln und aus gestrandetem Eichenholz stark erbaut, lag er da und war weithin zu sehen, ein Bild der Hofbarkeit. Aber da begann plötzlich das Meer an die'r Stelle zu nagen. Drei Generationen hintereinander mußten den Hof weiter landeinwärts rücken, um ihn nicht im Meere verläsunden zu sehen; und jedesmal machte man ihn um einen Flügel kleiner, um sich die Ueberlieferung zu erleichtern; man hatte ja doch keine Verwendung für so viel Räumlichkeiten, wenn das Meer die Aeder wegtrah. Nun war nur noch das alte Wohngebäude aus Hochwerk übrig, das man aus Vorsicht an der Innenseite des Küstentwegs angelegt hatte, und dann ein paar Dünen. (Fortf. folgt.)

Wilmersdorf, Goetheabend. Unser Völkerverein veranstaltet während dieses Winters eine Reihe von Kunstabenden, um unseren Genossen und der breiten Masse der Bevölkerung wirklich gute Kunst zu billigen Preisen zu vermitteln. Der nächste Abend, der am Sonntag, den 2. Februar, abends 7 Uhr, in der Oberrealschule am Hindenburgpark stattfindet, ist Goethe gewidmet. Unsere Genossen Frau Staat Federn, die bekannte Goethekritikerin wird den Abend mit einer Darstellung von Goethes Weltanschauung einleiten. Sodann wird Frau Margu Buzlin Vorträge über Goethes Gedichten zu Gehör bringen und Herr Wolfgang Reiff Gedichte und besonders Teile aus Faust I und II vortragen. Eintrittskarten zum Preise von 50 Pf. sind in unserem Parteibureau, Wilmersdorf, Umlandstr. 98-99, zu haben.

Gerichtszeitung.

Die Würstchenfelle.

Wie durch die Lebensmittelsteuern die Preise gehoben werden, geht wieder einmal ein Fall, welcher den Kaufmann Hans Horn vor den Strafrichter führte. Mitangefragt waren früher noch die eigentlichen Schieber, gegen welche aber auf Grund der Militärammokette das Verfahren eingestellt worden ist, obwohl die betreffenden nur insoweit Soldat waren, daß sie zwar Uniform trugen, aber in den Bureaus von Kriegsgeheimnissen als „unabhängig“ saßen. — Es handelte sich um 1000 Dosen Würstchenfelle mit je 40 Paar Inhalt, welche der Militärbehörde für 12,50 M. geliefert wurden. Da es sich aber um einen Posten handelte, der irgendwie in den Hinterrückhandel gelangt war, kosteten sie bei der ersten Station der Kette, einem Handlungsgehilfen Hans Goldhaub, bereits 20,50 M. und wurden von einem gewissen Heinrich gekauft, der sie seinerseits an einen Herrn Cohn für

21,50 M. weiterverkauft. Dieser verkaufte sie wieder an einen gewissen Jeller für 22,50 M., der wiederum gleich 2 M. Aufschlag nahm und sie an einen Herrn Weidemann verkaufte. Von diesem wanderten sie an den jetzigen Angeklagten Horn, der sie für 27 M. nach Hannover und, da sie dort nicht abgenommen wurden, schließlich an das Viechhaus Söchen für 28 M. verkaufte. — Vor Gericht bestritt der Angeklagte, sich strafbar gemacht zu haben. Der Staatsanwalt beantragte 300 M. Geldstrafe, während Rechtsanwalt Dr. Puppe die Freisprechung für geboten hielt, da zu jener Zeit, als dieses Geschäft schwebte, der Begriff des Kettenhandels überhaupt noch nicht zweifelhaft festgelegt gewesen sei, dem völlig unbekanntem Angeklagten deshalb aber zum mindesten der Schutz der sogenannten Artumsverordnung vom 18. Januar 1917 zugebilligt werden müsse. Das Gericht folgte diesen Ausführungen und erkannte auf Freisprechung.

„Kriegsjugend“ Die Allgemeine Ortskrankenkasse Richterfelde schreibt uns: Es trifft nicht zu, daß der 16 Jahre alte Jahntechniker Schulz bei uns monatlich 700 M. verdient hätte. Schulz war nur während der Monate August bis 11. November 1918 auswärts in unserem jahntechnischen Laboratorium tätig und verdiente: Monat August 250,50 M., Monat September 497,25 M., Monat Oktober 269,25 M. und vom 1. bis 11. November 88 M. — Wir hatten den Bericht einer als sehr zuverlässig bekannten Gerichtsforscherin entnommen, die zum allgemeinen Erstaunen aller Anwesenden über den 700-M.-Verdienst des 16jährigen Jahntechnikers (!) berichtet hatte.

Groß-Berliner Parteinahrichten.

Richterfelde. Mitgliederversammlung am Freitag, abends 7 Uhr, Büchelstr. 7. Tagesordnung: Reumäßig der Gemeinde-

vertretung, Aufstellung der Raubkassen. Mit Rücksicht auf die Gasperre beginnt die Versammlung pünktlich um 7 Uhr. Zutritt nur gegen Mitgliedsbuch.

Köpen, Sozialdemokratischer Wahlverein. Donnerstag, den 30. Januar, abends 7 1/2 Uhr, bei Scherier, Baruther Str. 10: Mitglieder-Versammlung.

Arbeiter-Zamariterbund. III. Kbt. Schneberg, Vorbergstr. 11 bei Händel, am 30. Januar, abends 7 Uhr: Übungsstunde.

Generalversammlung Sonntag, den 2. Februar, nachmittags 2 Uhr, Reichsstr. 15. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes, Kassenbericht, Wahl des Vorstandes, Anträge zum Bundeskongress, Wahl der Delegierten zum Bundeskongress, Verschiedenes.

I. Kbt. Reichsstr. 15. Montag, den 3. Februar, abends 7 Uhr: Vortrag. Nach dem Vortrage praktische Übungen. Gäste haben einmaligen freien Zutritt. Aufnahme von Mitgliedern und Kursteilnehmern.

Briefkasten der Redaktion.

N. G. 2000. Wo Sie das Geld gesehen erhalten können, können wir Ihnen nicht sagen. — N. G. 75. Richten Sie ein Gesuch an das Gericht um Niederschlagung der Strafe unter Bezugnahme auf den Regierungserlass vom 3. Dezember. — N. G. 37. Der Zuschuß wird auch für Arbeiter, die in keinen Vertrieben beschäftigt sind, gezahlt. — Neutönn 21. Soweit ersichtlich, hat Ihre Schwägerin Anspruch auf das Gehalt für den ganzen Monat. — Militär. Der Truppenenteil ist zur Entlassung nicht verpflichtet. — N. R. 100. Ein Antrag auf Rentenverhöhung hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn eine wesentliche Verschlechterung in Ihrem Zustand nachweisbar ist. — N. J. 31. Ob das zulässig ist, unterliegt künftiger Entscheidung. Sie müssen noch warten. — N. W. 17. Wenden Sie sich an das Rote Kreuz Berlin, Albrechtshofstr. 10. — Frey Nr. 1892. Eine Verpflichtung, dem ersten Termin beizuwohnen, besteht nicht.

Wetterausblick für das mittlere Norddeutsche: bis Freitag mittag. Vormittag wolky aber neblig, mit öfter wiederholten, aber geringen Schneefällen. Zeitweise aufklarend. Im Osten Zunahme des Frostes.

Deutsche Männer u. Frauen!

In tiefster, schicksalsschwerer Stunde rufen wir auf, Euch zu einer

Deutschen Vereinigung

zusammenschließen.

Uebermütig durch die Erfolge unserer Feinde, ohne selbst auch nur ähnliche Opfer, wie wir sie brachten, auf den Altar ihres Volkstums gelegt zu haben, greifen die Polen nach deutschem Besitz, nach Gebieten, die in tausendjähriger Arbeit deutscher Kultur erschlossen wurden. Sie wännen, der kommende Friedenskongress werde ihnen mit der Provinz Posen auch solche deutsche Gebiete wie Danzig, Bromberg, Schneidemühl, Filehne zusprechen. Sie arbeiten mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln, im In- und Auslande den Eindruck zu erwecken, als sei die Provinz Posen und mit ihr Bromberg und der Nebedistrikt polnisches Land in deutscher Knechtschaft. Aus den Fehlern der deutschen Polenpolitik überhaupt schmieden sie Waffen gegen uns, gegen das Deutschtum.

Es soll der Eindruck entstehen, als gelte es, ein Volk, das polnische, aus Knechtschaft zu befreien, während es doch in erster Linie darum geht, das deutsche Volk in der Ostmark in Fesseln zu schlagen. Seit dem Sieg der Demokratie in Deutschland sind die Polen mit den Deutschen tatsächlich gleichgestellt.

Jetzt gilt es unsere eigene Gleichheit und Freiheit vor dem Ges. Alle Welt muß wissen, daß die Provinz Posen von 850 000 Deutschen bewohnt ist, die immer bereit waren, mit den Polen auf gleichem Fuße in Frieden zusammenzuleben, unter der Voraussetzung, daß die Polen sie nicht ihres Deutschtums entkleiden wollten.

Darum schließt Euch zusammen in der

Deutschen Vereinigung!

Die Deutsche Vereinigung ist in erster Linie ein nationaler Kulturbund. Ohne Rücksicht auf Religion und Partei, auf Stand und Gewerbe will sie alle Deutschen zunächst des Nebedistrikts zu einer mächtigen Gruppe zusammenschließen, die gestützt auf entsprechende Organisationen und enge Zusammenarbeit mit ähnlichen Vereinigungen des Ostens dem Deutschtum Schutz gewährt, sowohl gegen die Anmaßungen der Polen wie gegen erneute Entmannungsversuche von seiten einer gedankenlos gewordenen Bureaokratie.

Unsere Organe sind die

Deutschen Volksräte

in Stadt und Land. In den Deutschen Volksräten soll deutsches freihetliches Leben pulsen, durch sie soll politische Bildung in alle Kreise getragen werden. Durch die Deutschen Volksräte sollen die fähigsten Köpfe aus der sozialen Tiefe emporgehoben werden zu den Stellen, wo sie dem Deutschtum am besten zu dienen vermögen.

Neben der Liebe zu den Volksgenossen soll in den Volksräten auch Achtung vor den Landsleuten polnischer Zunge gepflegt werden. Wir verdammen jede Art von Unterdrückungspolitik, wir gönnen die gleiche Freiheit den Polen, die wir für uns in Anspruch nehmen.

Doch erheben wir Protest gegen jeden Versuch, woher er auch kommen mag, deutsche Rechte preiszugeben, wie es seitens der im Partei-egoismus und Antennnis ostdeutscher Verhältnisse befangenen Berliner Regierung täglich geschieht. Was deutsch durch die Arbeit unserer Väter geworden ist, soll auch deutsch bleiben. Dabei vertrauen wir auf die Weisheit des Präsidenten Wilson, daß er die Schaffung solcher Verhältnisse im Osten nicht zuläßt, die geeignet wären, Keime neuer blutiger Kriege zu entwickeln.

Proteste werden das Ohr der Nachhaber, Bekundungen der Loyalität Vertrauen nur dann finden, wenn hinter ihnen große, von einem einigenden Willen getragene Volksmassen stehen; Achtung wird die deutsche Minderheit bei den Polen nur finden, wenn sie einig zusammensteht: Alle für einen, einer für alle!

Darum Zusammenschluß in der

Deutschen Vereinigung,

als einem Hort für die Erhaltung des deutschen Geistes, deutscher Tüchtigkeit und deutschen Gewerbes, mit einem Worte des Deutschtums überhaupt im bedrohten Osten unseres Vaterlandes.

Alle Deutschen beiderlei Geschlechts, die das 18. Lebensjahr erreicht haben, werden hierdurch aufgefordert, sich durch Eintritt in die Deutsche Vereinigung zu ihrem Deutschtum zu bekennen. Zur Deckung der Organisationskosten sind Geldmittel erforderlich. Wir rufen daher auch den Opfer-sinn unserer Freunde an. Die Höhe des Mitgliedsbeitrages ist der Selbsteinschätzung des einzelnen überlassen.

Anmeldungen bitten wir an die Geschäftsstelle der Deutschen Vereinigung in Bromberg, Schleinitzstraße 18 (Fernruf 321), Zuschriften an Herrn Geh. Regierungsrat Georg Kleinow, Bromberg, Schleinitzstraße 18, Geldsendungen an die Zweigstelle der Deutschen Bank in Bromberg, (Konto der Deutschen Vereinigung) zu richten. Neben dem Beitritt von Einzelpersonen ist der Anschluß von Vereinen und Körperschaften erwünscht.

Deutsche der Ostmark! Schließt die Reihen!

Ihr schuldet heute Eurem Deutschtum den Beitritt zur

Deutschen Vereinigung.

467 deutsche Volksräte im Netzedistrikt.

MUTTER ERDE

Der kommende Film des Tages!
Regie: Eugen Burg

Opernhaus
Mona Lisa.
Schauspielhaus
Ein halber Held.
Anfang 7 Uhr.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
Direktion Friedrich Kayßer.
7 1/2 Uhr: Komödie der Liebe.

Direktion Max Reinhardt
Deutsches Theater.
7 Uhr: Und das Licht scheint in der Finsternis.
Freitag 7 Uhr: Von morgens bis mitternachts.
Kammerspiele.
7 Uhr: Gespenstersonate.
Freitag 7 Uhr: Der Sturz des Apeleto Pantos.

Königgrätzerstraße
Dir.: C. Reinhardt - R. Bernauer
7 1/2 Uhr: Esel.
Freitag: Zum ersten Male:
Purpus. Schauspiel in drei Akten von Win. Stücklein.
Sonntag: Westl.
Sonnt. am.: Der Katzensteg.
Sonntag abend: Purpus.

Komödienhaus
an der Marschallbrücke
7 1/2 Uhr: Esel.
Freitag: Erdgeist.
Lulu: Maria Orska.
Sonntag: Esel.
Sonntag: Erdgeist.
Lulu: Maria Orska.

Berliner Theater
7 Uhr: **Sterne,**
die wieder leuchten.

Franon-Theater.
Dir.: Friedrichstr. 218.
Nachm. 7 1/2 Uhr kl. Preis:
Rotkäppchen.

Der gute Ruf
von Hermann Sudermann.

Residenz-Theater.
Dir.: Jannowstr. 228.
7 1/2 Uhr: H. H. H. H. H.
Eugen Burg

Der Lebensschüler
von Ludwig Fulda.
Sonntag, 1. Febr., 7 Uhr:
zum ersten Male:

Das höhere Leben.
Von Hermann Sudermann.
Hans Ornstedt, Karl Ciewing,
Eug. u. Burg, Olga Limburg,
J. Falkenstein, Emma Dehner,
Ilka Grüning, Paul Bitt.

Theater der Friedrichstadt.
Dir.: Gieselerstr. 1.
7 1/2 Uhr: Die drei tollsten Tage.

National-Theater.
7 1/2 Uhr: **Prinzenliebe.**

Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr:
August der Starke.

Rose-Theater.
Zum vorletzten Male!
7 1/2 Uhr:
Das Dreimäderlhaus.

Casino-Theater.
Dir.: Gieselerstr. 1.
Der erfolgreichste Schläger!
Die goldene Brücke.

Luisen-Theater.
Letzte Aufführungen:
7 1/2 Uhr: **Der Strom.**
Sonntag 7: **Der Strom.**
Sonntag 3: **Die Räuber.**
Sonntag 5: **Anfang immer 7 U.**

Winter-Garten
Täglich 7 1/2 Uhr:
Der große
Januar-
Spielplan
Rauchen gestattet!

Intimes Theater
am Nollendorferplatz.
Sölowsstr. 6. Litzow 2303.
Das neue
Januar-Programm.
Erstklassige
Spezialitäten.

Lessing-Theater
Direktion: Victor Barnowsky.
7 Uhr: **Der König.**
Sonnab., Sonntag: **Der König.**
Deutsches Künstler-
Theater.
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Nachbeleuchtung.

Circus
Busch
Tgl. 7 1/2, 5, 3 1/2 u. 7 1/2
Das große
Zirkus-Programm!
u. a. a.:
SSABIB RADSCHURA
2 Rolands 2
2 Ballots 2
usw. - Zum Schluss:
Phantast. Pantom. **„Oberon“**
Freitag wegen Strom-
erparatur geschlossen.
Sonnt. 3 1/2 U. ein Kind frei!

Fledermans
Unter d. Linden 14
5-Uhr-
Tanz-Tee
7 Uhr abends
das
Große Programm

Reichshallen-Theater.
Allabendlich 7 1/2 Uhr u. d.
Sonntag nachm. 3 Uhr:
Stettiner Sänger.
Nachm. ermäßigte Preise!

Admiralspalast.
Anfang 8 Uhr,
Sonntag 4 und 8 Uhr.
Ende 10 Uhr.
Prinzenliebe von Tragan.
Wer ist die Schöne?
Fisch.
Warme Speisen auf
allen P-Plätzen.

Admirals-Kino
Stuart Webbs
24. Abenteuer.

Ausstellungs-
halle „ZOO“
Ausstellung
vollkommen eingerichtet,
kleiner Familien- und
Wohnhäuser.
Eintritt 1 Mark.

Blücher-Lichtspiele
Blücherstr. 61.
Donnerstag, den 30. Januar:
„Gezwungene Liebe“
Gross in 4 Akten u. 10 Bildern.
„Die feindl. Händel“
schönes Lustspiel.
vom 31. Jan. bis 3. Febr.:
„Opfernde Liebe“
(Rosa II. Teil)
Schicksalstragödie in 5 Akten
u. 10 Bildern. Die Händel-
Tage des reisenden Kavaliers. 8 u. 12 U.

MARMOR
HAUS
Direkt: Siegfried Goldschmidt.
Unwiderprüflich letzter Tag

Theater für Donnerstag, den 30. Januar.

Central-Theater
7 1/2 Uhr: **Die Rose von Stambul.**

Deutsches Opernhaus
7 1/2 Uhr: **Das Glückchen d. Eremiten.**

Friedr.-Wilhelms-Th.
7 1/2 Uhr: **Hannert.**

Das Dreimäderlhaus
2. Teil.

Kleines Theater.
7 Uhr: **Heuriette Jacovy.**

Komische Oper
7 1/2 Uhr: **Schwarzwalddädel.**

Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: **Die spanische Fliege.**

Metropol-Theater.
7 Uhr 10: **Die Fälschung.**
Sonnt. 3 Uhr: **Wiener Blut.**

Neues Operettenhaus
Schiffbauerd. 4a, Norden 281.
7 Uhr: **Die keusche Susanne.**
Ballett Charlet, neue Tänze.

Palast-Theater
7 1/2 Uhr: **Die im Schatten leben.**

Schiller-Theat. Charl.
7 1/2 Uhr: **Der Reisebegleiter.**

Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: **Polnische Wirtin.**

Th. am Nollendorferplatz
3 Uhr: **Dr. Klaus.**
7 Uhr: **Der Juxbaron.**

Theater des Westens
7 1/2 U.: **Die lustige Witwe.**
Sonnab. 4 Uhr: **Aschenbrödel.**

Wallner-Theater
7 1/2 Uhr: **Geisha.**
Stg. 3 1/2 U.: **Grat Habenichts.**

APOLLO Theater
Friedrichstr. 218.
Dir.: James Klein
7 1/2, Sonntags 3 1/2, 7 1/2
Letzte Tage!
Persönliches Auftreten
Gilbert
das weltberühmt. Kompo-
nisten
Das Rätsel Die große Variet-
Welt-Sensation! Programme.
Ab 1. Februar:
Die Abdankung des Maharadscha!
Große Variet-
schau mit
Sonntags 3 1/2 Uhr jed. Erwachs. 1 Kind frei.
Theaterk. ab 10 Uhr ununterbr. geöffnet!

Metropol-Kabarett
Behrenstraße 54-56.
Dir. Alex Brauns.
Künstl. Leitung: Siegmund Flatow.
Das vorzügl. Januarprogramm
mit
Anni Wilkens-Schulhoff
Horwitz-Spiro u. Karl Stöhr
Rob. Neumann, Elli Glöckner, Otto Röhr
Gygyi-Konzerte.
Vorzügliche Küche und Getränke.
6 1/2 Uhr

MARMOR
HAUS
Direktion: Siegfried Goldschmidt
Uraufführung:
Der gewaltigste Film
aller Zeiten
OPIUM
Gakte
verfasst und
inszeniert von
Robert Reinert
Die Handlung spielt in
Europa - Indien - China
Anfang: 8 Uhr

MARMOR
HAUS
Direktion: Siegfried Goldschmidt
Uraufführung:
Der gewaltigste Film
aller Zeiten
OPIUM
Gakte
verfasst und
inszeniert von
Robert Reinert
Die Handlung spielt in
Europa - Indien - China
Anfang: 8 Uhr

MARMOR
HAUS
Direktion: Siegfried Goldschmidt
Uraufführung:
Der gewaltigste Film
aller Zeiten
OPIUM
Gakte
verfasst und
inszeniert von
Robert Reinert
Die Handlung spielt in
Europa - Indien - China
Anfang: 8 Uhr

MARMOR
HAUS
Direktion: Siegfried Goldschmidt
Uraufführung:
Der gewaltigste Film
aller Zeiten
OPIUM
Gakte
verfasst und
inszeniert von
Robert Reinert
Die Handlung spielt in
Europa - Indien - China
Anfang: 8 Uhr

MARMOR
HAUS
Direktion: Siegfried Goldschmidt
Uraufführung:
Der gewaltigste Film
aller Zeiten
OPIUM
Gakte
verfasst und
inszeniert von
Robert Reinert
Die Handlung spielt in
Europa - Indien - China
Anfang: 8 Uhr

MARMOR
HAUS
Direktion: Siegfried Goldschmidt
Uraufführung:
Der gewaltigste Film
aller Zeiten
OPIUM
Gakte
verfasst und
inszeniert von
Robert Reinert
Die Handlung spielt in
Europa - Indien - China
Anfang: 8 Uhr

MARMOR
HAUS
Direktion: Siegfried Goldschmidt
Uraufführung:
Der gewaltigste Film
aller Zeiten
OPIUM
Gakte
verfasst und
inszeniert von
Robert Reinert
Die Handlung spielt in
Europa - Indien - China
Anfang: 8 Uhr

MARMOR
HAUS
Direktion: Siegfried Goldschmidt
Uraufführung:
Der gewaltigste Film
aller Zeiten
OPIUM
Gakte
verfasst und
inszeniert von
Robert Reinert
Die Handlung spielt in
Europa - Indien - China
Anfang: 8 Uhr

MARMOR
HAUS
Direktion: Siegfried Goldschmidt
Uraufführung:
Der gewaltigste Film
aller Zeiten
OPIUM
Gakte
verfasst und
inszeniert von
Robert Reinert
Die Handlung spielt in
Europa - Indien - China
Anfang: 8 Uhr

MARMOR
HAUS
Direktion: Siegfried Goldschmidt
Uraufführung:
Der gewaltigste Film
aller Zeiten
OPIUM
Gakte
verfasst und
inszeniert von
Robert Reinert
Die Handlung spielt in
Europa - Indien - China
Anfang: 8 Uhr

MARMOR
HAUS
Direktion: Siegfried Goldschmidt
Uraufführung:
Der gewaltigste Film
aller Zeiten
OPIUM
Gakte
verfasst und
inszeniert von
Robert Reinert
Die Handlung spielt in
Europa - Indien - China
Anfang: 8 Uhr

MARMOR
HAUS
Direktion: Siegfried Goldschmidt
Uraufführung:
Der gewaltigste Film
aller Zeiten
OPIUM
Gakte
verfasst und
inszeniert von
Robert Reinert
Die Handlung spielt in
Europa - Indien - China
Anfang: 8 Uhr

MARMOR
HAUS
Direktion: Siegfried Goldschmidt
Uraufführung:
Der gewaltigste Film
aller Zeiten
OPIUM
Gakte
verfasst und
inszeniert von
Robert Reinert
Die Handlung spielt in
Europa - Indien - China
Anfang: 8 Uhr

Alexanderplatz
Skandinavia
Dirksen-
str. 26 27
gegenüber
Bahnhof

Hermann Wehling - John May
vom
Zirkus Busch
und das
Riesen-Programm.
Tanz-Palast
Rheinische Winterlauben.
Täglich großer Ball.
Ballet-Orchester:
Helmut Schmidt.

Unterhaltungs-Restaurant
Wien-Berlin
Jägerstraße 63a.
Ernst Walter x Viktor Ritter x Willi Lillie
x Georg Neumüller x Cl. Kaufung x
Kapelle Gustav Gottschalk
Bestgepflegte Weine x Vorzügliche Küche
Anfang 6 Uhr
Eintritt frei

Prachtsäle des Westens
Speichernstr. 8
(Untergrundbahn-
Nollendorfer Platz)

Jeden Dienstag,
Mittwoch, Donner-
tag und Sonntag:
Gr. Ball
Sonntags Anfang 3 Uhr, wochentags Anfang 6 Uhr

ORIENT
am
Strausberger
Platz
das größte und schönste
Konzert-Café-Kabarett in Berlin O.
Spielplan vom 10.-31. Januar:
Lisa Fallender
Lilli-Lilly
Kurt Roda
Hans Fallender
Davos - Duo
Richard Heinemann
Géraldo - Gerda
Die gute Musik. Tonkünstler-Konzert (10 Solisten).
Anfang an Wochen aben 8 1/2 Uhr, Sonntags 4 Uhr.

Kranken Frauen und Mädchen
Ich bin unermüdet mit mir ich von meinen langjährigen
Kolben (Blutarmut, Bistum) und Schwachsinnigen
in jeder Art befreit wurde. Adressen erfragen.
Frau Marie Bessel, Berlin, Nollendorfer Str. 23.

Mitarbeiter gesucht!
Die Deutsche Vereinigung für den Stolpe-Distrikt
sucht eine größere Anzahl gebildeter
deutscher Herren
aller Parteirichtungen, nicht unter 30 Jahre alt, die bereit
wären, nach Anweisung in Posen und Ostpreußen
organisatorisch zu wirken. Ostmärker bevorzugt!
Meldung mit Angabe der Parteistellung, unter Bei-
fügung eines Lebenslaufes, sowie Angabe von Empfehlungen
bitte zu richten an den Geschäftsführer der Deutschen
Vereinigung Geh. Regierungsrat Kleinow, Brom-
berg, Schleimstr. 18. 7200*

Die Ortsgruppe Berlin des Zentralverbandes der Haus-
angestellten sucht möglichst sofort eine
Geschäftsführerin.
Es wird nur auf eine agitatorisch und organisatorisch
tüchtige Kraft reflektiert. Meldungen sind schriftlich unter
„Verwerbung“ an Luise Käbler, Berlin SO 10, Engel-
ufer 21 III, zu richten. 48*

Einfache Strümpfe
Schönere, besserer,
Hilfswörter, jugendliche
Dienstleistungen. Zu erlangen
im Arbeitsnachweis des Stadt
Berlin, Abteilung für Haus-
personal, Eichenstr. 1, Belle-
Alliance-Platz 5, Gormann-
straße 14, Rosenstr. 1 (am
Central-Park), Gendler, 1
(am Kriminalgericht). Geöffnet
8-12, 4-7 Uge. 11/3*

Verkauferrinnen,
Lageristinnen, 100/14
Eigentümern,
Rentierinnen,
Schreiberrinnen
vermitteln besten Arbeits-
nachweis der Stadt Berlin,
Überl. für Kaufmänn. Personal,
Nollendorfer Str. 8 (3). Streb 8721-96.

Am Freitag, den 31. Januar
1919, beginnt der Verkauf der
Bibel. Dieser ist ein außer-
ordentliches Werk. Es enthält
mehr als 70 000 Verse von
24 000 Versen. Es ist ein
Werk, das den 3. Teil
von 1919, verliert sich nicht
in seine Gültigkeit. 1332

Wichtigkeiten sind nach in
folgenden Geschäften verfügbar
Heide, Schönhaider Str. 14/14
Pflanzstr. 12, Pflanzstr. 12,
Helfe, Gartenstraße, 12,
Schöne, Hamburger Str. 108,
Dreit. Hamburger Str. 108,
Kreuz, Segeleider Str. 12,
Wirtschaftsvereinig., Ste-
mensstr. 12, Rannenberg-
allee 66. 1332

In der nächsten Woche
sind nachstehend von 8-12
Uhr nach, gegen Abkempfung
der Fleischkarte 1 Pfund ge-
limes Fleisch zum Verkauf
von 7.50 M. bezogen werden.

Der Einmännigkeit wird
bringen angetreten, möglichst
in dieser Woche. Bitte auf
Zeit 1 der Fleischkarte zu be-
achten, da das Fleisch mit Ab-
lauf der Woche vorzuschieben
seine Gültigkeit verliert. 1332
Sonntag, 27. Januar 1919.

Der Scholier- und
Schüler- und
Der Magister.
Gahrplan-
änderung.
Som 1. Februar ab wird der
Bus 512 Berlin-Mitteleisen-
bahn bis heute durchgehend und
gleichzeitig wie folgt verkehren:
Berlin ab 7.30 abds. (bis
ber 9.45 abds.)
Belle au 12.11 abds.
2. Februar ab Bus 512 Berliner
Bahnhof ab 4.30 morgens -
Berlin an 7.47 abds. von Belle
au (ab 8.10 morgens) gefahren.
Änderungen der Befahrs-
pläne sind den Bahnhöfen
Belle (Güter) im Januar 1919
Güterbahndirektion.

STOFFE
Für
Möbel
Dekorationen
Mode
FRIEDMANN & WEBER
Berlin W
Buda est r 8

Schweizer Herrenuhr
3 Jahre Garantie, sehr mit
preisw. Off. unter J. C. 1115 an
Kaschke, Berlin SW. 19.

Professionsvertreter,
Seifen- und
Papiergeschäften
haben einander, überall ge-
brauchten Verbrauchartikel bei
H. Sonnenfeld, Berlin C.,
Kammanstr. 64.
Sonnittage 10-1 Uhr. (14/18)

Zuschauhändler
für händigen Zeitungsverkauf
sofort gesucht. Wilhelm-
straße 124, Ouergeheide
part. links. 10355

Möbel
Schlafzimmer 675-680 M.
Speisezimmer 945-1120
Herrenzim. 901-6000
Wohnzimmer 725-6250
Küchenanricht. 367-1425
500 gedieg. Einrichtungen
lieferfertig vorrätig.
*Franko-Lieferung. Auf-
klar. Drucksaachen gratis.

Höffner
Möbel-Großhändler
Berl. 43, Veteranenstr. 11-13

Straßenverkäufer
und
Hausierer
haben einander, überall ge-
brauchten Verbrauchartikel bei
H. Sonnenfeld, Berlin C.,
Kammanstr. 64.
Sonnittage 10-1 Uhr.

Soldaten
und vertriebenen Leute helfen
bedient. Schmeichelei und
Schadensverkauf. Gewinnen,
Sugulit. 494. (14/20)

Damenhüte
Groß- und Kleinverkauf
sowie Umfragen, Umfragen und
Taschen (Kaufhäuser Dagen, Eigen,
Strap- und Gebirgsbüte.

Hullabrück Karl Friedrich,
Gartenstr. 72, II. Hof 3. Etz.
Annahme auch im Tagesgeschäft
von Wils. Klein, Gartenstr. 66
(Raben). 1681*

!!! Geld !!!
Für jede Herrschaft. Beste
Kaufpreise für Grundstücke,
Bauwerke, Goldgegenstände,
Spenden, Bücher u. m. W. u. m.
Friedrichstr. 14 III, 14. 1332

Das preussische Wahlergebnis.

Endresultate in den Wahlkreisen.

Die Mandate der einzelnen Parteien, deren Gesamtzahl wir in der gestrigen Abendausgabe bereits mitteilten, verteilen sich auf die einzelnen Wahlkreise wie folgt:

1. Ostpreußen: Deutschnationale 8, Christliche Volkspartei 2, Deutsche Volkspartei 2, Demokraten 4, Sozialdemokraten 10 Sitze.
2. Westpreußen: Deutschnationale 4, Christliche Volkspartei 2, Demokraten 5, Sozialdemokraten 6 Sitze.
3. Berlin: Deutschnationale 2, Christliche Volkspartei 1, Deutsche Volkspartei 1, Demokraten 3, Sozialdemokraten 3, Unabhängige 6 Sitze.
4. Potsdam 1-8: Deutschnationale 8, Deutsche Volkspartei 1, Demokraten 3, Sozialdemokraten 6, Unabhängige 2 Sitze.
5. Potsdam 9: Deutschnationale 2, Deutsche Volkspartei 2, Demokraten 2, Sozialdemokraten 5, Unabhängige 2 Sitze.
6. Frankfurt a. O.: Deutschnationale 2, Demokraten 3, Sozialdemokraten 6 Sitze.
7. Pommern: Deutschnationale 5, Deutsche Volkspartei 2, Demokraten 3, Sozialdemokraten 7 Sitze.
8. Posen (Resultat steht noch aus.)
9. Breslau: Deutschnationale 2, Christliche Volkspartei 4, Demokraten 2, Sozialdemokraten 9 Sitze.
10. Oppeln: Deutschnationale 1, Christliche Volkspartei 11, Demokraten 1, Sozialdemokraten 7, Unabhängige 2 Sitze.
11. Siedlitz: Deutschnationale 2, Christliche Volkspartei 1, Demokraten 3, Sozialdemokraten 6 Sitze.
12. Magdeburg: Deutschnationale 1, Demokraten 4, Sozialdemokraten 7 Sitze.
13. Merseburg usw.: Deutschnationale 2, Christliche Volkspartei 1, Demokraten 5, Sozialdemokraten 3, Unabhängige 8 Sitze.
14. Schleswig-Holstein: Deutschnationale 1, Deutsche Volkspartei 1, Demokraten 5, Sozialdemokraten 3, Bauerndemokraten 1 Sitze.
15. Kurich usw.: Christliche Volkspartei 3, Deutsche Volkspartei 1, Demokraten 3, Sozialdemokraten 2, Welfen 2 Sitze.
16. Hannover usw.: Christliche Volkspartei 3, Deutsche Volkspartei 2, Demokraten 1, Sozialdemokraten 9, Welfen 4 Sitze.
17. Münster usw.: Deutschnationale 1, Christliche Volkspartei 10, Deutsche Volkspartei 1, Demokraten 1, Sozialdemokraten 3 Sitze.
18. Braunschweig: Deutschnationale 2, Christliche Volkspartei 7, Deutsche Volkspartei 2, Demokraten 2, Sozialdemokraten 10, Unabhängige 1 Sitze.
19. Hessen-Rheinfurth: Deutschnationale 2, Christliche Volkspartei 5, Deutsche Volkspartei 1, Demokraten 5, Sozialdemokraten 3 Sitze.
20. Rhenl., Kochen: Christliche Volkspartei 12, Deutsche Volkspartei 1, Demokraten 1, Sozialdemokraten 5 Sitze.
21. Koblenz usw.: Christliche Volkspartei 12, Demokraten 2, Sozialdemokraten 4 Sitze.
22. Düsseldorf 1-5: Deutschnationale 3, Christliche Volkspartei 5, Demokraten 2, Sozialdemokraten 5, Unabhängige 3 Sitze.
23. Düsseldorf 6-12: Deutschnationale 1, Christliche Volkspartei 9, Deutsche Volkspartei 1, Demokraten 1, Sozialdemokraten 4 Sitze.

„Dokumente der Schande.“

Aus den Briefen eines „Enthüllers“.

In der „Freiheit“ veröffentlicht Rechtsanwalt Dr. Siegfried Weinberg unter dem Titel „Dokumente der Schande“ eine Reihe von Urkunden aus dem Reichstag der Berliner politischen Polizei. Er fügt ihnen einen Kommentar hinzu, der seiner Logik keine Ehre macht. Wenn ein Schurke höherer oder niedriger Ordnung in der Zeit des alten Regimes bei der Verurteilung von Revolutionärgesunden seine Amtspflichten verletzte, indem er die Entscheidung davon abhängig machte, ob es sich um ein Mitglied der sozialdemokratischen — aber der unabhängigen Partei handelte, so ist das nach Herrn Weinberg eine Schande nicht für das alte Regime, sondern — für die Sozialdemokratie. Herr Weinberg definiert es fertig am Schluss seines Artikels frei nach Debevoise zu sagen: „Die im vorliegenden wiedergegebenen Schriftstücke dürften auch dem Mindesten die Augen öffnen, in welcher Weise diejenigen, die sich jetzt als Kämpfer der Revolution aufspielen, jauchzende Rufe nach der Belagerungszustand gewesen sind.“

Diese Bemerkung ist im Grunde des Herrn Weinberg noch schamloser, als sie es in dem jedes anderen gewesen wäre. Herr Weinberg war während des Krieges nach einem märkischen Städtchen eingezogen und litt unter Umlaufbesen und anderen Qualereien der Militärbehörde. Er wandte er sich mit unglücklichen Briefen, um eine Wendung seines Schicksals herbeizuführen? An einen — Abgeordneten der Sozialdemokratie, also einen „Kämpfer des Belagerungszustandes“. Und die Briefe des Herrn Weinberg, „Dokumente der Schande“ für ihn, lassen deutlich erkennen, daß er an dem Kriegszustand des Belagerungszustandes gern teilhaben wollte. Die unabhängigen Sozialdemokraten hatten seinen Fall im Reichstage zur Sprache gebracht. „Einen Vorteil habe ich davon bisher nicht verspürt“, schreibt Herr Weinberg, „aber im Gegenteil“. Und darum legt er dem Abgeordneten immer wieder die Bitte an Herz, bei den zuständigen militärischen Stellen die Umlagerung zu erwidern, daß er und die sozialdemokratische Fraktion sich für die Sache des Herrn Weinberg interessieren. „Das wird Wunder wirken“, schreibt Herr Weinberg. Die Fürsprache des von Herrn Weinberg angebotenen Genossen hat Erfolg gehabt. Herr Weinberg hat ihm in überhöflichen Worten seine Dankbarkeit versichert. Er beweist sie durch Beschimpfungen, die ebenso unflätig, wie gemein sind.

Ein Ehrenmann

Neue Behinderung der Kohlentransporte.

Der eingetretene Frost hat leider den Kohlentransport von Oberbairern (Aofel) bei erheblich gehindert. Auf dem Wasserwege können bis vor wenigen Tagen noch eine größere Anzahl mit Kohlen beladener Dampfer nach Berlin. Die Wasserstände waren bisher, wie von Winterdauern berichtet wird ungewöhnlich gut und ermöglichten eine verhältnismäßig rasche Verladung, ohne daß man gezwungen war, sich der Schlepplöße zu bedienen. Das frostwetter der letzten Tage hat den Verkehr zu Wasser bereits fast gestoppt, nunmehr ist zu erwarten, daß der Schiffsverkehr wegen Vereisung der Gewässer einstellt werden muß. Bei den jetzt herrschenden Beförderungsbeschwerden muß man dies als ein Unglück betrachten. Jedenfalls wird die ohnehin schon katastrophale Kohlennot hierdurch noch erheblich vergrößert.

Eine reaktionäre Insel.

Am 20. Januar tagte die Hauptversammlung der Provinzialparlamentarier für die Provinz Brandenburg. Wichtigsten in dieser Körperschaft können sich die märkischen Junker noch ein ungehobenes Stelldichein geben und sie machten von dieser Gelegenheit den vorausgesetzten Gebrauch. Der Vorsitzende Graf v. Schulenburg-Grünthal hielt eine nachträgliche Kaisergeburtstagsrede, die in eine Guldigung für den Kaiser auslief und deren Schwung nur durch den Umstand getrübt wurde, daß der Redner den Vers. zitierte: „Wir sind Bauern vom geringen Gut, und dienen unserm Markgrafen mit unserm Blut“, was auf die Herren Großgrundbesitzer doch nicht so ganz zu passen scheint, wie meinen dabei die „Bauern von geringem Gut“. Oberpräsident v. Löbbecke, der mit einem Stabe von Beamten der Tagung teilnahm, wäre nicht er selbst gewesen, wenn er nicht in tiefer Anerkennung für die „von Herzen kommenden Worte des Vorsitzenden“ gedankt hätte. — Im weiteren Verlauf der Tagung fragte der Hauptgeschäftsführer Dr. Seedorf über die übermäßigen Forderungen der Landarbeiter, und Dr. Köpcke vom Bund der Landwirte fragte über den schlechten Wahlausfall auf dem Lande. Man hätte sich fast erwidern können, noch im alten Preußen zu leben.

Die soziale Reform im neuen Deutschland.

Die Gesellschaft für soziale Reform hielt gestern in Berlin eine außerordentliche Hauptversammlung ab, um „zu der neuen Lage Stellung zu nehmen“. An den Verhandlungen nahmen auch Vertreter von Behörden des Reiches, mehrerer Bundesstaaten und der Groß-Berliner Gemeinden teil.

Staatsminister a. D. Dr. v. Hertling hielt einen Vortrag über: Die Zukunft der Gesellschaft für soziale Reform. Aus ihrer Entstehung und Entwicklung, ihren bisherigen Bestrebungen und Leistungen folgerte er die Notwendigkeit, auch im neuen Deutschland ihre Arbeiten fortzusetzen. Sie fühle in sich den Willen und die Kraft, ihre Aufgaben auch in Zukunft zu erfüllen und eine Stütze der sozialen Reform zu bleiben. Allerdings sind, führte der Redner aus, die Verhältnisse jetzt von Grund aus geändert. Früher war es unsere Aufgabe, die Regierung zu drängen und zu leiten. Seit der Revolution und zum Teil schon vor ihr hat sich das geändert. Aber eine Vereinigung, wie die Gesellschaft für soziale Reform, die frei von amtlicher Beeinflussung sozialpolitische Aufgaben löst und begründet, ist auch für eine die Sozialreform überwindende Regierung wünschenswert und notwendig. (Starker Beifall.)

Der stellvertretende Generalsekretär Dr. Heyde berichtete über die vom Ausschuss für Arbeitsrecht getriebenen Arbeiten zur Reform des Koalitionsrechts. Dem Ausschuss haben unter anderem auch unsere Genossen Legien und Dr. Heinemann angehört. Die sozialistische Regierung sei, führte Dr. Heyde aus, sofort zur Erhebung des Verbandsrechts sowie zur Erweiterung des Koalitionsrechts geschritten. Aber man braucht noch eine Sicherung des Koalitionsrechts gegen immerhin mögliche Rückschläge und gegen Nachlässe der Reichsregierung. Redner gab eine Uebersicht über die vom Ausschuss empfohlenen Gesetzesänderungen. Im Strafrecht fordert der Ausschuss vor allem eine neue Fassung des Expressionsparagrafen, die eine Verurteilung der Streikandrohung als Verbrechen ausbleibt. Den Paragrafen vom groben Ungehorsam gegenüber den Streikposten zu verwenden, soll keine Festsetzung des Vergehens (Schädigung des äußeren Bestandes der öffentlichen Ordnung durch unmittelbare Verletzung des Publikums) unmöglich machen. Gegen Streiks in gemeinnützigen Betrieben darf bei der Strafrechtsreform keine strafrechtliche Bestimmung getroffen werden. Durch Reichsgesetz ist der Polizei die Möglichkeit zu nehmen, Schloßöffnungen als solche zu untersuchen. Mißbräuche der Streikposten gegen Streik- und Schloßposten und der Polizeistunde gegen Vernehmungen sind zu unterbinden, das Verbot- und Zeiterteilungsverbot ist freierlich zu regeln. Die noch bestehenden Polizeigesetze einzelner Staaten, die sich gegen Landarbeiter oder Besuche richten, sind aufzuheben. Zu fordern ist die Rechtsabgabe der Koalitionen in allen den Tarifverträgen angehenden Angelegenheiten, in dem gleichen Ausmaß die Aufhebung des § 169 Abs. 2 der Gewerbeordnung. Das Koalitionsrecht muß unentziehbares Persönlichkeitsrecht im Sinne des § 823 Abs. 1 werden. Der Anspruch auf unerlaubter Handlung nach § 823 ist im Koalitionskampf auf den Fall zu beschränken, daß der Zweck der Kampfhandlung gegen ein geschäftliches Verbot verstoßt.

In der Diskussion berührte Genosse Dr. Quard das Interesse der Sozialpolitik an der neuen Reichsverfassung. Er forderte eine zentralisierte Behaltung der Reichsregulativ in der Sozialpolitik. Gerade auf dem Verfassungsgebiet sei die Hervorhebung der sozialpolitischen Gesichtspunkte zu vermehren. Prof. Zöfel hat die Gesellschaft für soziale Reform besonders jetzt für unentbehrlich. Fragen, deren Beobachtung und Klärung zu ihren Aufgaben gehört, seien zum Beispiel der Achtungstag und die Sozialversicherung. Als Vertreter des auswärtigen Amtes wies Legationrat Dr. Ehardt darauf hin, daß bei den Friedensverhandlungen die Regelung des internationalen Arbeitsvertrages von großer Bedeutung ist. Prof. Sombart führte aus: Wir müssen uns neu einstellen. Die Gesellschaft für soziale Reform ist gegründet worden, in einer individualistisch orientierten Gesellschaft den Arbeiter in seinem Kampf mit dem Unternehmer zu stärken. Der von Dr. Heyde gebrauchte Ausdruck „heiliges Recht zum Streik“ ist nicht individualistisch gedacht. Es gibt nur ein „heiliges Recht“ — das ist das Gemeinwohl. Dies ist der sozialistische Grundgedanke, und nach ihm müssen wir uns neu orientieren. Ein „heiliges Recht zum Streik“ in einer sozialistischen Gesellschaft auszuüben, ist ein Widerspruch in sich. Neue Probleme steigen sich uns auf in dem Augenblick, wo die Gesellschaft daran geht, sich neu zu organisieren, wo die Arbeiter aufstehen, als Klasse gegen eine andere Klasse zu kämpfen, wo sie selber die Gesellschaft sind. Wegen Sombart wandten sich mehrere Redner, Ingenieur Schweitzer, Vorstandsmittel des Bundes der technischen Industriellen Beamten, ermittelte harte wirtschaftliche Kämpfe zwischen Handarbeitern und Kapitalgebern. Ihm erwiderte Quard als Vertreter der Generalverwaltung der Gewerkschaften, gewiß werde es auch in der sozialistischen Gesellschaft noch Kampf geben, aber nicht „Kampflust“, wie bisher. Sombart er vom Gewerkschaften der Reichsarbeiter sagte, daß gerade Arbeiter seit der Revolution die Koalitionsfreiheit anderer Arbeiter mit ihnen getrieben hätten, so daß man schon des heiligen Rechtes der Koalitionen fordern müsse. Ten abschließenden Bemerkungen über die Wahlen der Revolution trat Dr. Quard entgegen.

Beischlüsse wurden nicht gefaßt. Die Tagung wird heute fortgesetzt.

Neue Aufreizung zur Gewalt.

Ein Flugblatt des Roten Soldatenbundes.

Der Rote Soldatenbund verbreitet neuerdings in Berlin Flugblätter, in denen ganz offen eine Wiederholung der gewalttätigen Erhebung gerühmt wird. Und zwar appelliert das Flugblatt nicht an die moralischen, sondern lediglich an die militärischen Nachmittels des spartakistischen Teils der Arbeiterschaft. Das zeigen folgende Sätze:

Der Tag der Abrechnung naht.

Was uns fehlt, war die Geschlossenheit!

In der Unsicherheit der Leitung und in dem Verlagen der organisatorischen Zusammenfassung der Kräfte ist die Schlappe begangen.

Die militärischen Kräfte müssen einheitlich zusammengefaßt und ausgenutzt werden.

Durch die Verhandlungen gewonnen die Regierung selbst, konnte ihre Kräfte sammeln und zum Schlage ausfallen.

Die Verhandlungen stürzten die Aktionsfähigkeit des Proletariats und trugen Verwirrung in unsere Reihen.

Nur heißt es, neu zu rücken und unsere Aufgaben klar zu überschauen.

Alle waffenfähigen Proletarier sind zusammenzufassen. Diese Kräfte militärisch gegliedert, sind eine unbesiegbare Macht.

Man muß es dem Roten Soldatenbund lassen, daß er den Geist des Militarismus gründlich verstanden und in sich aufgenommen hat. Das zeigt sich schon darin, wie Verhandlungen als militärisch ungewöhnlich abgelehnt werden. Genau ebenso, ja, fast mit denselben Worten, haben die junkerlichen Generale des alten Systems gegen Verhandlungen mit dem Feinde geeifert. Was sagt übrigens die „Freiheit“ dazu, die stets der Regierung vorgeworfen hat, sie habe nicht verhandeln wollen. Jetzt zeige sich, wer Verhandlungen ablehnt!

Im übrigen verdient dieser Appell an die nackte Gewalt sorgfältig festgehalten zu werden. Damit sich seine Urheber nämlich nicht beschweren, wenn ihnen mit den gleichen Mitteln entgegengetrieben wird.

Maßregeln gegen die Wohnungsnot.

Bezirkswohnungskommissare mit weitgehenden Vollmachten.

Zur Behebung der dringenden Wohnungsnot hat die Reichsregierung am 15. Januar auf Anregung des neuen Reichs- und Staatskommissars für das Wohnungswesen eine Verordnung erlassen, daß zur schnellen Durchführung der Unterbringung obdachloser Familien für die Uebergangszeit Bezirkswohnungskommissare mit sehr weitgehender Vollmacht bestellt werden können. Für Preußen sind sofort von dem Staatskommissar für das Wohnungswesen die Regierungspräsidenten als Kommissare bestellt worden. Diese Wohnungskommissare sind in der Tat befugt, alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen, und sogar geschlossene Vorhöfe, Treppenhäuser außer Kraft zu setzen, wenn es gilt, schnellere Wohnungen zu errichten. Der Bezirkskommissar kann sich das nötige Material erforderlichenfalls durch Enteignung beschaffen. Auf den Krieg zurückgehende Wertsteigerungen braucht er bei der Bemessung der Entschädigung nicht zu berücksichtigen. Daneben kommt die Bestellung von Schlichtern und für die Erziehung von Behelfsbauten, Baracken, Lauben und dergleichen die Zwangsverpachtung bis zur Dauer von 20 Jahren in Betracht. Diese Zwangsverpachtung ermöglicht auch den Schutz der Laubenskonstruktionen gegen willkürliche Preissteigerungen. Am wichtigsten ist aber die Befugnis des Wohnungs-Kommissars, alles selbständig zu bestimmen, wenn Gemeinden oder Kreisbehörden sich nicht binnen kürzester Frist mit den Bauarbeiten einigen. Alle Streitfragen wegen Straßendauer und Teilnahme an Gemeinde-, Kirchen- und Schulland, die sonst das Bauvorhaben auf Jahre verzögerten, werden jetzt binnen wenigen Tagen durch den Bezirkskommissar geregelt werden. Endlich erhält der Kommissar das Recht, Ziegeln und natürliche Baustoffe, Holz, Lehm, Kies, Sand usw. zu enteignen, Zugausbauten zu verbieten, um überhaupt mit allen Mitteln die Befriedigung von Klein- und Mittelwohnungen zu fördern.

Die Befugnisse der Kommissare sind also praktisch unbegrenzt. Es hängt von den Personen ab, wie sie durchgeführt werden. Mögen sie von ihren großen Nachmitteln einen vernünftigen, aber nachdrücklichen Gebrauch machen.

Kriegsgesellschaften und Kriegsorganisationen.

An alle Kollegen und Kolleginnen!

Die Verhandlungskommission des Arbeiterausschusses der Angestellten der Groß-Berliner Kriegsorganisationen hat auftragsgemäß die vom Arbeiterausschuss beschlossenen Forderungen den Reichsbehörden vorgelegt:

1. Gewährung einer einmaligen Leberungsgulage (Verleibungs- und Entschädigungsgulage) in Höhe von 500 M. für verheiratete, 300 M. für unverheiratete Angestellte nebst einem Zuschlag von 50 M. für jedes Kind.

2. Anerkennung der Befugnisse der Angestelltenausschüsse.

3. Anerkennung der Richtlinien vom 9. Dezember 1918 betr. Entlassung von Angestellten und Wiedereinstellung von Kriegsteilnehmern.

4. Tarifliche Regelung der Gehälter.

Am Montag, den 27. d. M. fand im Reichshof eine Verhandlung mit den zuständigen Behörden und den Geschäftsführern der Kriegsorganisationen statt, welche kein Ergebnis ergab. Die Fortsetzung sollte am Mittwoch, den 29. d. M. stattfinden. In dieser Sitzung bekräftigten die Geschäftsführer die Legitimation der Verhandlungskommission der Angestellten und teilten die Verhandlungen ab.

Was nach der ersten Sitzung von den Angestelltenvertretern demutet wurde, hat sich jetzt bestätigt. Man will auf Seiten der Geschäftsführer und der Behörden die Verhandlungen verwickeln. Der Zweck dieser Taktik ist, den im Interesse der Angestellten notwendigen organisatorischen Zusammenschluß, der im Arbeiterausschuss verkörpert ist, zu sprengen. Man versucht bereits, innerhalb der einzelnen Betriebe Uneinigkeit zu schaffen und Sonderverhandlungen anzubahnen, um unter Ausnutzung dieser Uneinigkeit die Durchsetzung der berechtigten Forderungen der Angestellten unmöglich zu machen.

Wir warnen hierdurch alle Kollegen und besonders die Angestelltenausschüsse der einzelnen Betriebe, auf Sonderverhandlungen irgendwelcher Art einzugehen. Nur der von den Angestellten sämtlicher Kriegsorganisationen ins Leben gerufene Arbeiterausschuss ist eure Interessenvertretung.

Behörden und Geschäftsführer behaupten, daß von außen Unruhe in die Betriebe hineingetragen wird. Stimmt das Kollegen? Habt ihr Forderungen oder nicht?

Die Antwort hierauf soll ihr in der morgen, Freitag nachmittags 4 1/2 Uhr, im Rixius-Rusch stattfindenden Versammlung aller Angestellten der Kriegsorganisationen geben.

Erfreut in Massen! Wahrt eure Interessen!

Der Arbeiterausschuss (Allgemein-Ausschuss).

Republik Rheinland-Westfalen?

Über die 20. Januar (Telurion.) Die Frage der rheinisch-westfälischen Republik ist der Entscheidung so nahe gerückt, daß bereits jetzt näheres über deren Gestaltung mitgeteilt werden kann. Wie aus bestunterrichteter Quelle verlautet, wird versucht werden, folgende wirtschaftlich und schließlich eng zusammenhängende Gebiete zu einer neuen Staatseinheit zusammenzufassen: Rheinland und Westfalen mit Anschluß von Ostpreußen im Norden und Osnabrück und Hildesheim, sowie der Pfalz im Süden und Westen. Als Hauptstadt kommt Köln in Betracht.

Kranz Wehring. Im Nachruf unseres gestrigen Abendblattes für Kranz Wehring soll es richtig heißen: „Wir ihm stand der letzte Akt der deutschen Prosa“ (nicht Politik).

Gewerkschaftsbewegung

Der Streik der Straßenbahn-Werkstatt-arbeiter vor dem Einigungsamt.

Gestern vormittag verhandelte das Einigungsamt unter Vorsitz des Magistratsrats v. Schatz über die Forderungen der Streikenden. Ortmann vom Transportarbeiter-Verband begründete die Forderungen. Es handelt sich darum, daß dem technischen Personal eine einmalige Zulage von 100 bis 500 M. bewilligt wird, wie sie das Fahrpersonal auf Grund der letzten Vereinbarungen erhalten hat. Aber nicht aus diesem Grunde fordert das technische Personal die einmalige Zulage, sondern aus Not, denn es machen sich Neuanstellungen an Bedarfsgegenständen nötig, die von den laufenden Lohnneuzugängen nicht bestritten werden können.

Baurat Otto erklärte als Vertreter der Direktion, die Forderung könne grundsätzlich nicht bewilligt werden. Als die 10 stündige Arbeitszeit auf 8 Stunden verkürzt wurde, habe das technische Personal, um eine Entschädigung für den Lohnausfall zu bekommen, am 19. Dezember Lohnzuschüsse auf 2,20-2,80 M. gefordert. Die Direktion habe diese Forderungen schweigen dermaßen bewilligt, denn sie fürchte, das Fahrpersonal werde dann auch weitere Forderungen stellen. Das sei dann auch am 8. Januar geschehen. Bei dieser Gelegenheit sei die Forderung einer einmaligen Zulage zur Gänze aufgegeben worden. Daneben seien Lohnforderungen aufgestellt worden. Dem Fahrpersonal sei die einmalige Zulage bewilligt worden, weil es in seinem Einkommen schlechter gestelle sei als das technische Personal. Im Jahre 1918 habe ein Oberlocher ein Einkommen von 2811 M., ein Handwerker 2423 M., ein Vorarbeiter im Bau (der viele Überstunden und Nachtarbeit leistete) 2880 M., ein ungelerner Arbeiter 2403 M. gehabt. Diese Forderung werde jetzt nur mit Rücksicht darauf gestellt, daß das Fahrpersonal die einmalige Zulage erhalten habe. Bei den angeführten Jahreseinkommen sei allerdings zu berücksichtigen, daß die betreffenden Arbeiter Überstunden in größerer Zahl geleistet haben. Das Jahreseinkommen der Fahrer habe im Jahre 1918 3538-8787 M. und das der Schaffner 3328-3450 M. betragen. Nachdem der Rückstandstag für das technische Personal einzuführt sei, belaufe sich das Jahreseinkommen der dorthin angeführten Arbeiter auf 2968 M. beim Oberlocher, 3200 M. beim Handwerker, 3588 M. beim Vorarbeiter im Bau, 2608 M. beim ungelernen Arbeiter. — Der Streik sei vom Jam abgebrochen. Nach Zeitungsberichten habe die Organisation diesen Streik nicht gebilligt. Jetzt werde mit dem Sympathiestreik des Fahrpersonals gedroht. Diese Drohung lasse die Direktion praktisch gleichgültig, denn morgen oder übermorgen werde der Verkehr so wie so eingestellt werden müssen, weil es keine betriebsfähigen Wagen mehr gebe, denn Reparaturen können ja infolge des Streiks nicht ausgeführt werden. Zweck sei der Sympathiestreik aber nicht gleichgültig, denn er würde gegen die Vereinbarungen, also gegen Treu und Glauben verstoßen. Wer durch Stilllegung des Verkehrs neues Geld bringe das viel gepöhlte Berlin bringen wolle, der müsse es vor seinem Gewissen verantworten.

Einige Mitglieder der Arbeiterkommission wandten sich gegen die Angaben des Baurats Otto. Sie wiesen darauf hin, daß sich das Jahreseinkommen für 1918 doch nicht feststellen lasse, denn die jetzigen Lohnsätze würden ja abgebaut werden, sobald die Lebensmittelpreise sinken. Bei den angeführten Löhnen aus dem vorigen Jahr sei zu bedenken, daß sie nur durch sehr viele Überstunden erreicht wurden. In einer Woche müßten 8 Tages- und 4 Nachtschichten gemacht werden. Das galt als normale Arbeitszeit. Bei solchen Leistungen seien die Kräfte der Arbeiter derart verbraucht, daß sie ihren ganzen Verdienst für Lebensmittel ausgeben müßten und keine Anschaffungen machen könnten. Während der Kriegsjahre, wo so hohe Anforderungen an die Arbeiter gestellt wurden, sei ihnen immer gesagt worden, sie sollten nur ausdauern, nach dem Kriege würden ihre Verhältnisse verbessert werden. Jetzt aber lehne die Direktion ihre Forderungen ab. Die Arbeiter hätten während der Kriegsjahre Wäsche, Kleidung, Schuhwerk, alles verbraucht und bedürften jetzt der Zulage, um die notwendigen Anschaffungen zu machen. Von einem freiwilligen Streik könne keine Rede sein.

Ein Arbeiter führte an, er habe 1918 in einem Monat jede Woche 62-64 Tages- und 31-33 Nachtschichten gearbeitet. In einem Monat des Jahres 1918 habe er jede Woche 68 Tages- und 32-30 Nachtschichten gearbeitet.

Dietrich (Vertreter des Metallarbeiterverbandes) bemerkte, es sei nicht richtig, daß die Organisation gegen den Streik sei. Sie habe noch nicht Gelegenheit gehabt, zu dem Streik Stellung zu nehmen, denn sie sei durch seinen Ausbruch überrascht worden.

Schumann (Vertreter des Transportarbeiterverbandes) sagte, die Direktion wolle es auf eine Machtprobe ankommen lassen. Wenn es jetzt zu einer Verständigung komme, ohne daß das Fahrpersonal in den Sympathiestreik trete, so sei bestimmt zu hoffen, daß die Verkehrsinstitute aus den Schwierigkeiten heraus seien und weitere Störungen nicht zu befürchten wären. In dieser Richtung würde dann die Organisation ihren Einfluß geltend machen können. Die Direktion sollte die Forderung nicht grundsätzlich ablehnen, dann würde eine Verständigung erzielt werden. Komme es nicht dazu, dann trete das Fahrpersonal in den Sympathiestreik, denn es sei der Ansicht, daß es sich für die Direktion nicht um eine Geldsache, sondern um eine Rechtsfrage handle, und daß zu befürchten sei, den Arbeitern sollten die Errungenschaften der Revolution genommen werden. Ein Streik des Fahrpersonals könnte auch auf andere Verkehrsinstitute übergreifen. Deshalb sei eine Verständigung geboten.

Baurat Otto verwahrte sich dagegen, daß die Direktion eine Machtprobe veranstalten wolle.

Um 1/2 12 Uhr zog sich das Einigungsamt zur Beratung zurück.

Nach längerer Beratung gab das Einigungsamt folgenden Schiedsspruch ab:

Bei den bisher gezahlten Löhnen erscheint die geforderte einmalige Zulage nicht am Platze.

Nachdem sich aber die Arbeitgeberin bereit erklärt hat, den Kriegsteilnehmern unter dem technischen Personal eine einmalige Zulage zu erteilen und die Arbeiter den Wunsch ausgesprochen haben, die ausgeworfene Summe möchte auf alle verteilt werden, wird empfohlen, diese Summe auf 800 000 M. festzusetzen und sie bei der übernächsten Lohnzahlung, nach den Vorschlägen der Arbeiter verteilt, auszugeben.

Die Arbeit ist am 30. Januar wieder aufzunehmen.

Einer massenhaft besuchten Versammlung der Streikenden, die gestern nachmittags im großen Saale des Gewerkschaftshauses tagte, legte die Verhandlungskommission den Schiedsspruch vor und empfahl dessen Annahme.

Ein Diskussionsredner bemerkte, im Jahre 1918 habe ein Arbeiter in 4200 Stunden 5500 M. verdient. Auf die Arbeitsstunde berechnet, ergebe das einen nur geringen Lohn (etwa 1,30 Mark). Nur durch eine große Zahl von Überstunden komme ein verhältnismäßig gutes Jahreseinkommen heraus.

Die Versammlung nahm den Schiedsspruch gegen 1 Stimme an.

Nach einer Wolff-Rede sind die in zwei Ausbesserungswerkstätten der Großen Berliner Straßenbahn beschäftigten 640 Arbeitern in den Kustand getreten, weil ihnen die geforderte sogenannte Entschuldigungszulage von je 500 Mark nicht zugewilligt wurde.

Zur Streikbewegung in der Mitteldeutschen Kreditbank.

Die Mitteilung einer Zeitung, wonach der Konflikt in der Mitteldeutschen Kreditbank durch das Entgegenkommen der Direktion gegenüber den Forderungen der Beamten beigelegt ist, ist verfrüht. Bisher hat sich eine Einigung nicht erzielen lassen. In den Dienstag bis in die späten Nachstunden hinein erfolgten Verhandlungen zwischen Direktion und Aktionsausschuss hat sich die Direktion lediglich bereit erklärt, eine Anwartschaftsbeihilfe von 500 M. für die verheirateten und 300 M. für die ledigen Beamten zu bewilligen.

Neher die Forderung, das monatliche Mindestgehalt auf 250 M. einschließlich der Zulagen festzusetzen, ebenso über alle anderen Punkte wurde keine Einigung erzielt. Gestern nachmittags 5 Uhr wurden die Verhandlungen fortgesetzt. Für den Fall, daß sich eine Einigung nicht erzielen läßt, hat der Aktionsausschuss anrufen. Sollten auch diese Verhandlungen resultatlos verlaufen, dann dürfte der Streik unvermeidlich sein. Unterdessen fährt die Direktion in ihren Bemühungen fort, in Verkennung der Sachlage durch Versprechungen und Drohungen die Geschlossenheit der Aktion zu brechen. Sie sollte sich sagen, daß der drohende Streik nicht durch die von ihr betriebene Herge gegen die Organisation vermieden werden kann, dazu ist die Beamtenschaft der M. K. B. zu stark organisiert, sondern nur durch verständnisvolles Einleben auf die berechtigten, sehr bescheidenen Forderungen der Angestellten.

Der Angestelltenrat der Mitteldeutschen Kreditbank

erklärt zu den in der bürgerlichen Presse seitens der Direktion insinuierten Mitteilungen über die Gehaltsbewegung der Angestellten, daß die darin enthaltenen Darlegungen den Tatsachen in fast allen Fällen nicht entsprechen.

Es ist nicht richtig, daß den Angestellten „erhebliche Rückschlüsse“ gemacht worden sind. Vielmehr ist in den letzten Kriegsjahren nur eine relativ minimale Aufbesserung der Einkommen erfolgt. Es stimmt nicht, daß „namentlich bei den kleineren Gehältern beträchtliche Gehaltszulagen“ gewährt wurden; sondern es befinden sich in unserer Reihen eine nicht geringe Anzahl von verheirateten Angestellten, die noch heute Gehälter empfangen, die selbst eine einermäßigen anständigen Lebensführung in Friedenszeiten nicht ermöglichen, geschweige denn bei den jetzigen außerordentlichen Verhältnissen. Dagegen stimmt es, daß von unserer Direktion Zulagen gewährt wurden, die den laufenden Teuerungszulagen der anderen Banken ungleich entsprechen.

Bei der von uns geforderten Gehaltserhöhung von 100 Proz. gegenüber den Gehältern bei Ausbruch des Krieges ist es selbstverständlich, daß eine so hohe Aufbesserung der höheren Gehälter (die übrigens nicht viel größer als die des Straßen- oder Hochbahnpersonals sind) nicht verlangt wird.

Wir sind jederzeit bereit, das uns zur Verfügung stehende Material der breitesten Öffentlichkeit zu übergeben, da aus demselben hervorgeht, daß die Anwendung der unerschöpflichen Mittel die einzige Möglichkeit für uns ist, um unsere geradezu trostlose Lage zu verbessern. Bei allen unseren Forderungen sind wir in erster Linie darauf bedacht, den kleinen Gehaltsempfängern zu helfen. — Daß unsere Sache gerecht ist, beweist unserer Ansicht nach am besten, daß die meisten höheren Gehaltsempfänger sich solidarisch mit der übrigen Beamtenschaft erklärt haben.

Die Schuld an der zuspitzenden Lage trägt nicht die Beamtenschaft, sondern einzig und allein unsere Direktion, welche dem Angestelltenrat in der letzten Verhandlung erklärte, daß weitere Verhandlungen über immer dieselben Punkte zwecklos, da ihre Zeit „zu kostbar“ wäre.

Sollte die Direktion nunmehr infolge unserer Geschlossenheit doch den Willen haben, mit uns zu verhandeln, ohne von vornherein unsere Forderungen abzulehnen, so beschränken wir dieselben auf lebensfähigste, da wir uns der schweren Forderung des Wirtschaftslebens bei dem Eintritt in den Streik wohl bewußt sind.

In einer vom Besoldungs-Instandsetzungsamt des Gardekorps statthaltenden Betriebsversammlung wurde El-Luna genannt gegen die vom Oberkommando in den Marken beschlossene Lohnreduzierung für Arbeiter sowie ungelernete Arbeiter.

und Arbeiterinnen. In einer einstimmig angenommenen Resolution erklären die Versammelten, sich von ihrem Lohn auch nicht einen Pfennig abziehen zu lassen. Sie beauftragen den Arbeiter- und Betriebsrat, auf dem Wege gütlicher Verhandlung alles daran zu setzen, um eine Lohnreduzierung der gedachten Art zu verhindern; ferner erklären sie, dem Aute ihrer Führer in jeder Hinsicht Folge zu leisten und eventuell das Mittel, welches geeignet, eine Lohnreduzierung zu verhindern, in Anregung zu bringen.

Unnötige Betriebsstilllegung — ?

Die Firma Otto Jachmann schickt uns auf die in der gestrigen Morgennummer des „Vorwärts“ veröffentlichte Notiz eine längere Entgegnung, in welcher sie die Entlassung der Arbeiter und Beamten als unvermeidlich bezeichnet, weil die Firma gezwungen sei, erst eine neue Fabrikation vollständig einzurichten. Im Gegenzug zu anderen Firmen sei Jachmann bereits im Frieden ausschließlich nur Weichschabrit gewesen.

Außerdem sei aber die Geschäftsleitung in ihren nachweislichen, unermesslichen Bestrebungen, Arbeit heranzuschaffen, durch die Arbeiterhaft selbst behindert worden. Der sieben Wochen lange Streik der gesamten Eisenerbeiter habe dazu geführt, daß nicht nur keine neuen Aufträge hereingekommen waren, sondern daß auch ein sehr großer Teil der mit Mühe erhaltenen Aufträge wieder annulliert wurde; seine sei, durch wochenlanges Aussetzen der Arbeiter zum Zweck der Demonstrationen für die verabschiedeten Anlässe auch die Ausführung einiger Aufträge in den mechanischen Werkstätten unmöglich gemacht worden, sodas ebenfalls Wiederabbestellungen nicht vermieden werden konnten.

Obgleich es der Firma selbst freilich erschien, ob der Betrieb sich zu Kolumbois- und Eisenbahnwagenarbeiten eigne, habe sie dennoch jeden nur denkbaren Weg eingeschlagen, um derartige Arbeit zu erhalten, jedoch mit keinem Erfolg, da sich nicht nur Hunderte, sondern Tausende von Firmen auf die Eisenbahnlieferungen stützen. Bisher sei die probeweise Reparatur einiger Waggons erzielt worden, die aber erst nach von der Eisenbahnverwaltung angeordnet werden müßten. Mit dieser Arbeit ließen sich aus keine 4000 Mann beschäftigen. Die Vermutung, daß die Umschlänkung des Betriebes nur aus Rücksicht auf die Rentabilität vorgenommen wurde, weist die Firma entschieden zurück.

Wir müssen zu dieser Entgegnung bemerken, daß sie den Eindruck, den die Darstellung unseres Gewerkschaftsmannes auf uns gemacht hat, nicht zu erlöschern vermag. Der Gewerkschaftsmann ist kein Augenhehler, wie die Firma zu vermuten scheint, sondern ein Mann, der den Betrieb und seine Einigung für eine event. Umstellung auf andere Produktionszweige durchaus sachgemäß zu beurteilen versteht.

Der Textilarbeiterverband hält seine 13. ordentliche Generalversammlung in der Zeit vom 21.-26. Juli in Berlin ab.

Die Arbeitslöhne bei den händischen Gewerkschaften Berlin. In der unter obiger Überschrift von der Zeitung des Gemeindefabrikantenvereins eingeleitet, in der Monatsheftausgabe des „Vorwärts“ veröffentlichten Aufsatz sendet uns Genosse Dr. Bruno Scharf folgende Entgegnung:

In der Notiz wird ausgeführt, daß die Arbeit der Feuerhaus- und Betriebsarbeiter so schwer ist, daß für sie bereits im Jahre 1907 der Achtstundentag eingeführt wurde, und weiter heißt es dann, daß diese Arbeiter jetzt, wo auch die leichteste Arbeit nur acht Stunden täglich dauern soll, „mit Recht“ den Anspruch auf eine Verkürzung der Arbeitszeit erheben können. Gegen dieses Urteil muß ich den schärfsten Einspruch erheben. Unsere programmatische Forderung des Achtstundentages hat eine innere Berechtigung, obwohl gegen eine allgemeine rein schematische Durchführung sich mancherlei mit gutem Grund einwenden läßt. Eine weitere Herabsetzung der Arbeitszeit aber darf nur in Frage kommen, entweder wenn die Arbeiter zu Gunsten ihrer arbeitslosen Kollegen auf einen Teil ihrer Arbeitszeit und damit ihres Lohnes verzichten wollen, oder wenn die allgemeinen Verhältnisse sich so günstig gestaltet haben, daß die Erzielbarkeit der Arbeit so stark gewachsen ist, daß an eine allgemeine Herabsetzung der Arbeitszeit gedacht werden kann. Gegenwärtig ist das letztere leider nicht der Fall, vielmehr sind wir so verarmt, daß wir allen Anlaß haben, mit aller uns zu Gebote stehenden Kraft zu arbeiten, um unser Wirtschaftslieben überhaupt nur vor dem Zusammenbruch zu retten, geschweige es etwa wieder zur früheren Höhe zu erheben. Der von den Schichtarbeitern der Gasanstalten angeführte Grund für ihre Forderung des Sechstundentages entspringt lediglich einem völlig unsozialistischen Egoismus, der zwar menschlich begreiflich, in diesem Falle aber um so mehr zu tadeln ist, als er ohne jede Rücksicht auf das Gemeinwohl geltend gemacht worden ist.

Wichtig! Objekte der Kriegsgesellschaften!

Am Freitag nachmittags 4 1/2 Uhr findet eine Versammlung der Vertrauensleute in den „Wilhelmshallen“ am Zoo statt. Vollzähliges Erscheinen dringend erforderlich.

Industrie und Handel.

Die Börse.

Die Börse war am Mittwoch anfangs fest, schwächte sich aber bald recht erheblich ab. Die im Anfang erzielten, nicht unwesentlichen Kursbesserungen gingen zum größten Teil wieder verloren. Auch der Auslandmarkt blieb überwiegend schwach. Die deutschen Anleihen waren begehrt. Oesterreichisch-ungarische Werte verkehrten bei sehr stillem Geschäft schwach.

Verantwortlich für Politik: Erich Rautner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Berlin; für den Anzeigen-Teil: Erich Rautner, Berlin; Verlag: Hermann-Verlag G. m. b. H., Berlin, Unter den Eichen 15; Druck: Hermann-Verlag G. m. b. H., Berlin, Unter den Eichen 15; Druck: Hermann-Verlag G. m. b. H., Berlin, Unter den Eichen 15.

Herren-Geh-Pelze
Sport-Pelze
Jagd- und Auto-Pelze
außerordentlich billig

Anfertigung
von
Herren-Bekleidung und Wäsche
aus zugegebenem Material

A. WERTHEIM

Herren-Anzüge in verschied. Farben, moderns Machart **295⁰⁰ 250⁰⁰ 195⁰⁰**

Herren-Anzüge in grünlichen und bräunlichen Farben, hübsche Sport-Formen **385⁰⁰**

Jünglings-Anzüge dunkelgrau, in verschiedenen Größen, 39/43, **165⁰⁰** durchweg

Jünglings-Ulster braun und grau gemustert, diverse Größen, 38/43 **185⁰⁰ 135⁰⁰** durchweg

Herren-Frühjahrs-Paletot hellbraun, aufgesetzte Taschen, Rückengurt **285⁰⁰**

Krawatten, Oberhemden, Kragen, Manschetten und Vorhemden in großer Auswahl

Hosenträger von **1⁶⁵** an

Hosenträger kräftiges Gurtband **3⁹⁰**

Schwedenmützen für Knaben **11²⁵**

Schwedenmützen Leder, m. Pelzbes. **40⁰⁰**

Herrenhüte weich, Haarfilz, viele Farben **35⁰⁰**

Herrenhüte schwarz Velours **64⁵⁰**

Umfärben
von Militärfarben und Anzügen

Umarbeiten
in Bekleidungsgegenstände für Damen, Herren und Kinder

Wenden
von
Herren-Bekleidung und Umarbeiten
in kleinere Größen